Bildbeilage zur Grossveranstaltung der Roten Garde

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 20 vom 19. Mai 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

I. Ordentlicher Kongreß der Roten Garde erfolgreich abgeschlossen

Kämpft mit der Roten Garde!

Auf einer kämpferischen Veranstaltung in Düsseldorf feierten am vergangenen Sonnabend 2.000 Genossen und Freunde der Roten Garde den erfolgreichen Abschluß des I. Ordentlichen Kongresses der Roten Garde, der Jugendorganisation der KPD/ML. Eröffnet wurde die Veranstaltung mit einem Überblick über die Arbeiten des Kongresses. Dann folgten die Begrüßung des Kongresses und seiner Großveranstaltung durch das Politbüro der KPD/ML, die Grußadressen, die das ZK der Roten Garde von der Sektion DDR unserer Partei und vom Verband der Jugend der Arbeit Albaniens erhalten hatte. Der 1. Sekretär des ZK der Roten Garde, Genosse Reinhard Haneld, erläuterte in einer packenden Rede die Kampfaufgaben der Roten Garde als Vorhut der arbeitenden und lernenden Jugend. Als Beispiel für die bislang schon errungenen Erfolge des Jugendverbands konnten vier RG-Organisationen für ihren erfolgreichen Einsatz ausgezeichnet werden. Ein Höhepunkt der Großveranstaltung: die Rede des Genossen Ernst Aust, des Vorsitzenden der KPD/ML, die unter das Motto „Tiefer hinein in die Massen der werktätigen Jugend" gestellt war.

Als Vertreter der Jugend ihrer Länder überbrachten Delegierte verschiedener ausländischer Bruderorganisationen und antiimperialistischer Jugendverbände der Roten Garde ihre revolutionären Kampfesgrüße. Anhaltender Beifall, kämpferische Parolen der 2.000 — darin drückte sich die Stimmung aus, von der dieser Tag beherrscht war.

Mit dem Gesang der „Internationale" wurde diese Großveranstaltung beschlossen, die allen Besuchern den Eindruck vermittelt hat, daß mit dem I. Kongreß ein neuer Aufschwung im revolutionären Kampf der Roten Garde eingeleitet ist.



DDR:

Proteste in Wittenberge

In Wittenberge, einer Stadt an der Elbe, ist es kürzlich zu Protesten der Werktätigen gekommen. Die Polizei ist brutal gegen die Protestierenden vorgegangen.

Schon lange herrscht unter den Werktätigen der DDR große Empörung über die Intershops und die damit verbundenen Bestrebungen der Honecker-Clique, die Westmark sozusagen als zweite Währung in der DDR einzuführen. Diese Devisenläden sprießen seit einiger Zeit überall in der DDR aus dem Boden. Vom Waschpulver bis zum Auto ist hier alles zu haben — vorausgesetzt, der Käufer verfügt über Westgeld. Und das trifft natürlich im wesentlichen nur auf die DDR-Bonzen zu. Für die Werktätigen bleiben die normalen Läden — mit ihren versteckten Preissteigerungen, Versorgungsengpässen, Wartezeiten und schlechter Qualität.

Und die von Honecker als „Alternative" zu den Intershops gepriesenen Delikat- und Exquisit-Läden? Sie sind nur für die eine Alternative, die über genügend Kleingeld verfügen. Denn welcher Werktätige kann beispielsweise 26 Mark für 200 Gramm Kaffee hinblättern? So werden Intershops und Delikat- und Exquisitläden für immer mehr Werktätige in der DDR zum Symbol für bestehende Klassenherrschaft in der DDR. Und sie setzen sich — wie das Beispiel Wittenberge zeigt, zunehmend dagegen zur Wehr.

Singen:

Provokation der Faschisten am 1. Mai

Am 1. Mai, dem Tag der Arbeiterklasse, planten die NPD-Faschisten in der Arbeiterstadt Singen, eine Kundgebung und eine Demonstration durchzuführen. Es war das erste Mal, daß die braune Bande so etwas in Singen machen wollte — und das ausgerechnet am 1. Mai! Diese unerhörte Provokation mußte auf große Empörung der Antifaschisten in Singen stoßen. Waren doch allein in dieser Stadt 17 Antifaschisten im Dritten Reich von den Nazis ermordet und viele andere in die KZs verschleppt worden.

Und es blieb nicht bei der Empörung: Ein Komitee gegen Faschismus und Reaktion entstand. Eine Gegendemonstration gegen die Faschisten wurde organisiert. Wie es dazu kam, schildert der Bericht von Rotgardisten aus Radolfzell auf der Seite 6 dieser Ausgabe.



Zur Demonstration gegen die Faschisten waren viele Jugendliche gekommen.

Jugend für den Kommunismus

„In einer begeisternden und kämpferischen Atmosphäre hat der I. Ordentliche Kongreß der Roten Garde stattgefunden. Der I. Ordentliche Kongreß hat seine wichtigen Aufgaben, die ihm die KPD/ML stellte, um die Rote Garde zu einer wahrhaft marxistisch-leninistischen Kampforganisation der arbeitenden und lernenden Jugend aufzubauen, mit großem Erfolg erfüllt. Mit der Durchführung des I. Ordentlichen Kongresses ist die Rote Garde organisatorisch selbständig. Damit hat die Partei die Verantwortung für den Aufbau und die Entwicklung ihres kommunistischen Jugendverbandes, der Roten Garde, in unsere Hände gelegt."

(Aus dem Kommunique des I. Ordentlichen Kongresses der Roten Garde.)

* * *

„Unsere Abschlußveranstaltung des I. Ordentlichen Kongresses der Roten Garde haben wir unter die Losung gestellt: „Jugend für den Kommunismus!" Das bezeichnet unsere Aufgabe und unser Programm, bezeichnet den einzig möglichen Ausweg der arbeitenden und lernenden Jugend aus einer Gesellschaft, die ihnen nichts zu bieten hat als Ausbeutung und Unterdrückung, Reaktion und Faschismus, Not, Elend, Krise und Krieg."

(Aus der Rede des Genossen Reinhard Haneld, 1. Sekretär des ZK der Roten Garde, auf der Abschlußveranstaltung.)

Unglaubliche Raffgier

Im Landtag in NRW brauchte sich in der letzten Woche niemand über leere Abgeordnetenbänke und fehlende Einmütigkeit zu beklagen. Denn das Thema hieß Diätenerhöhung, und wenn's um ihr eigenes Geld geht, sind diese sauberen „Volksvertreter" immer zur Stelle.

10.550 DM werden die Landtagsabgeordneten in NRW nach dem vorliegenden Gesetzentwurf monatlich beziehen. Dazu kommen 750 DM für die Alterssicherung, die jetzt der Senat für die Abgeordneten bezahlt. Das ist eine „Lohnerhöhung" von fast 3.000 DM!

Und auch an ihre Zukunft haben die Abgeordneten gedacht. Nach 15 Jahren Abgeordnetenzeit können sie jetzt schon mit 56 Jahren beruhigt ihr Mandat niederlegen. 5.062 DM monatliche Pension sind ihnen dann sicher. Im übrigen legt der Gesetzentwurf ausdrücklich fest, daß die Herren Landtagsabgeordneten „Nebeneinkünfte" in unbegrenzter Höhe beziehen können...

Man erinnert sich: Vor einiger Zeit wurde ein großes Tamtam um das Urteil des Bundesverfassungsgerichts gemacht, daß nun auch Abgeordnete Steuern zahlen müßten. Die ersten, die dies zum Anlaß nahmen, um ihr Einkommen gehörig aufzubessern, waren die Bundestagsabgeordneten. Sie bewilligten sich 7.500 DM Grunddiäten und 4.500 DM steuerfreie Unkostenpauschale. Die Landtagsabgeordneten folgten.

Und das alles in einer Zeit, in der die Kapitalisten und auch der Bonner Staat den Werktätigen aus „Stabilitätsgründen" den Lohnverzicht predigen und ihnen einen Lohnraubabschluß nach dem anderen aufzwingen!

Wie heißt es doch im Grundgesetz? Die Abgeordneten sind nur ihrem Gewissen verantwortlich. Diese Diätenerhöhungen zeigen deutlich, wofür dieses Gewissen schlägt. Für das Volk jedenfalls nicht.

Faschist Breschnew in Schutz genommen

Das Landgericht Bonn hat jetzt ausdrücklich den Kremldiktator Breschnew in Schutz genommen. Es ließ Plakate der Gruppe Rote Fahne beschlagnahmen, auf denen Breschnew unter der Überschrift „Denkt an Prag!" mit einem hakenkreuzbestückten Marschallstab abgebildet ist. Das Gericht erklärte: „Das sowjetische Staatsoberhaupt wird dadurch in Verbindung mit dem Nationalsozialismus gebracht, und was die Besetzung Prags angeht, auf eine Stufe mit Adolf Hitler, der Prag im Jahre 1938 besetzen ließ und die Tschechoslowakei annektierte, gestellt. Eine derartige Verunglimpfung ist von dem Grundrecht der freien Meinungsäußerung gem. Art. 5 GG nicht mehr gedeckt".

Dieses Urteil ist eine ungeheure Provokation gegenüber den Völkern der CSSR, die einst unter der blutigen Diktatur des deutschen Faschismus leiden mußten und heute vom russischen Sozialimperialismus geknechtet werden. Und es zeigt, der deutsche Imperialismus ist geblieben, was er immer war: Ein Befürworter der faschistischen Aggression, ein Todfeind der Völker!



Prag, 1968: ein Hakenkreuz auf einem russischen Panzer

„Zweifelsfrei Selbstmord" ?

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat das Ermittlungsverfahren um das Massaker von Stammheim eingestellt. Sie teilte mit, daß sich „nach den umfassenden und in enger Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt, dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg, der Landespolizeidirektion Stuttgart und Tübingen geführten intensiven Ermittlungen zweifelsfrei" ergeben habe, daß Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe in der Nacht zum 18. Oktober vorigen Jahres Selbstmord begangen haben, und daß sich Irmgard Möller in selbstmörderischer Absicht die Stichverletzungen beigebracht habe". Einen Tag später auch aus München die gleiche Version zum Tod von Ingrid Schubert: „An dem Selbstmord gibt es keinen Zweifel."

Keinen Zweifel? Gerade die Behörden, die hier so einträchtig zusammengearbeitet haben, haben den Tod der politischen Gefangenen in Stammheim zu verantworten! Auf ihr Konto geht die Isolationshaft, die mörderische Kontaktsperre, die Hetze gegen die politischen Gefangenen, gehen die eingeschleusten Rasierklingen und Stricke, die hinreichend demonstrieren, was hier angestrebt wurde.

Für uns gibt es in der Tat keinen Zweifel! Nämlich, daß das Massaker in Stammheim kein Selbstmord war. Dafür sprechen unzählige Tatsachen, die kein Untersuchungsausschuß des Landtages und keine Staatsanwaltschaft vertuschen konnte. Wenn die Herren glauben, mit dieser Einstellung des Ermittlungsverfahrens sei das letzte Wort über die Bluttat in Stammheim gesprochen, dann irren sie sich. Die Werktätigen haben nicht vergessen, wie die nicht gleichgeschaltete Presse im Ausland das Massaker hinter den Gefängnismauern nannte, und sie werden diesen Staat dafür zur Verantwortung ziehen!

Lockheed-Abschlußbericht

Schmiergelder „nicht erwiesen"!

Möglichst lange hatte man das Untersuchungsergebnis des Lockheed-Ausschusses, der seine Tätigkeit im Dezember 77 beendet hatte, geheimzuhalten versucht. Sozusagen als Beruhigungspille hatte man lediglich an die Öffentlichkeit dringen lassen, daß „kein Beweis für Schmiergeldzahlungen" vorliege. Nun hat die „Süddeutsche Zeitung" Einzelheiten aus diesem Geheimbericht veröffentlicht. Man muß sich schon beide Augen zuhalten, wenn man hinter den Beschönigungen des Berichts nicht die Millionengelder sehen will, die am Rande der Bonner Rüstungsszenerie ihren Besitzer gewechselt haben. Dieser Bericht hat nur die eine Aufgabe, den ganzen Sumpf an Korruption, der sich hinter der Lockheed-Affäre verbirgt, zu vertuschen und den einzelnen Vorwürfen durch „objektive" Untersuchung die Schärfe zu nehmen.

Trotzdem sind die in diesem Bericht zugegebenen Tatsachen skandalös genug. So wird enthüllt, daß die Lockheed-Lobby alle „geheimen" Beratungen in Sachen Flugzeug-Beschaffung voll in der Hand hatte. Über hohe Offiziere der Bundeswehr und Ministerialbeamte waren die Lockheed-Vertreter über jeden Beratungstermin und jedes Verhandlungsergebnis unterrichtet, sei es beim Verteidigungsausschuß und beim Haushaltsausschuß des Bundestages, sei es in den Arbeitskreisen der SPD-Fraktion. So wurden im Falle des Lockheed-U-Boot-Jägers Viking, der der Bundeswehr aufgeschwatzt werden sollte, die Informationen von Vizeadmiral a. D. Karl Hetz, dem früheren stellvertretenden Inspekteur der Marine, gesammelt und direkt an Lockheed-Vertreter Steinrücke weitergegeben. Die Informationen wurden u. a. beschafft von: Kapitän zur See Remde, dem früheren Marineinspekteur Heinz Kühnle, dessen Nachfolger Günther Luther, dem US-General a. D. Horvat, Ministerialrat Rudolf Milewski, Ministerialdirektor Albert Wahl. Daß diese erlauchte Gesellschaft ihre Kenntnisse „kostenlos" weitergegeben haben soll, kann man vielleicht kleinen Kindern erzählen. Über Karl Hetz jedenfalls hat sogar die Untersuchungs-Kommission „ermittelt", daß er für seine Tätigkeit von den Lockheed-Bossen 1.500 Mark monatlich erhielt, im Falle eines Vertragsabschlusses war ein Sonder-Honorar vereinbart. Für die Informationen, die hier dem Lockheed-Konzern zugesteckt wurden, wäre jeder normale Sterbliche wegen Geheimnisverrats lebenslänglich hinter Gitter gegangen. Anders diese „Vertreter des Volkes". Ihnen billigt man dieserart lukrativer Nebentätigkeiten unter der Hand zu.

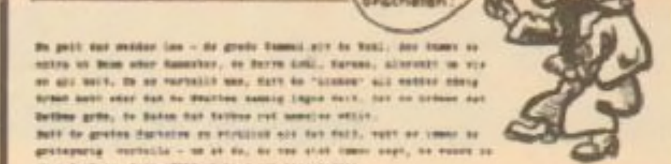
Daß sich Lockheed natürlich nicht nur mit Informationen begnügte, sondern direkt Einfluß auf die Entscheidungen des Bundestages und der Ausschüsse nahm, beweisen die Ereignisse von 1963, als der US-Konzern mit seinem Großraumtransporter „Herkules" in Konkurrenz zum deutsch-französischen „Transall" antrat. Am Vorabend der entscheidenden Sitzung des Verteidigungsausschusses erhielten Richard Jäger (CSU), Karl W. Berkhahn (SPD) und Erich Mende (FDP) Telegramme von Lockheed. Und siehe da, am nächsten Tag forderten Berkhahn und Mende angesichts der drohenden Befürwortung der „Transall", daß zunächst ein Vergleichstest beider Flugzeuge durchgeführt werden sollte. Schmiergelder konnte die Untersuchungskommission natürlich wieder nicht nachweisen.

Was es mit diesen parlamentarischen Untersuchungen und ihren Kommissionen auf sich hat, kann man schon an dem Skandal bei der Starfighter-Beschaffung sehen. Damals wurde eine Untersuchungskommission — ausgerechnet auf Anordnung von Franz-Josef Strauß — gebildet. Es ist klar, daß unter der Oberhoheit dieses notorischen Lügners Schmiergeldergerüchte „nicht bestätigt werden konnten". Die Aussage des Lockheed-Angestellten E. F. Hauser, die CSU habe für die Starfighter-Beschaffung zehn Millionen Mark (in Wirklichkeit 30 Millionen) kassiert, wurde einfach als „nachweislich falsch" beiseite geschoben. Auch bei der jetzigen Untersuchung ist es kein Wunder, wenn nichts nachgewiesen werden kann. So hat ja ein F. J. Strauß eigenhändig die Akten von Dokumenten gesäubert, die ihn und seine Parteifreunde belasten könnten, wie aus einem abgehörten Strauß-Telefonat hervorgeht (s. RM 4/78).

Nun hat natürlich nicht nur Strauß Dreck am Stecken, das geht durch alle Bonner Parteien. Daß die Bonner Parlaments- und Regierungsszene nichts als ein Sumpf der Korruption ist, in dem sich Lobbyisten, Waffenschieber und „Volksvertreter" gegenseitig die Klinke in die Hand geben, dieser Eindruck muß sich jedem aufdrängen, der allein die jetzt veröffentlichten Tatsachen liest. Dabei ist es die größte Sorge Bonns, daß das ganze Ausmaß der Korruption nicht vor den Augen der Werktätigen enthüllt wird. Mit gutem Grund. Die Werktätigen würden die Pöstcheninhaber der Bonner Schwatzbude das Zittern lehren!

Kurz berichtet

Niedersachsen



„Se wöllt uns allwedder anscheten!" — unter dieser Parole ruft die Partei in Niedersachsen, wo sich die KPD/ML nicht mit eigenen Kandidaten an der Wahl beteiligt, zum Wahlboykott auf.

Köln



„Der Puls" — das ist die neue Zeitung der Partei für die Kölner Krankenhäuser. Die erste Nummer beschäftigt sich mit dem Tarifverrat der ÖTV-Bonzen und mit der geplanten Schließung von neun Krankenhäusern in Köln.

Hamburg

Mehrere hundert Stelltafeln mit den Plakaten der Partei zur Bürgerschaftswahl in Hamburg wurden am vorletzten Wochenende aufgestellt. Überall, vor allem in den Arbeitervierteln, heißt es jetzt: **„Bonzen und Bossen einen Schuß vor den Bug" — „Wählt KPD/ML!"** Wer sich näher informieren will, kann das jetzt mit Hilfe einer Broschüre tun, in der nicht nur die wichtigsten Punkte des Programms der Partei vorgestellt werden, sondern auch ein Kampfprogramm für die Hamburger Werktätigen (Näheres zum Kampfprogramm in der nächsten Nummer des „Roten Morgen").



Mit großem Erfolg waren am vorletzten Wochenende auch die Agitproptrupps aus Hamburg und Lübeck unterwegs. Die Genossen des Hamburger Agitproptrupps, die vor allem im Stadtteil Barmbeck auftraten, berichten, daß sehr viele Bewohner des Viertels stehenblieben, ihren Auftritt verfolgten und auch Beifall spendeten (siehe Foto).



Offen gesagt ...

Blutsbrüder

Ausgerechnet am 1. Mai, dem Kampftag der Arbeiterklasse, führte der türkische Faschist Alparslan Türkes, Führer der Killerorganisation „Graue Wölfe" in München ein Gespräch: mit Franz Josef Strauß! Über 60 Minuten hat dieses „Informationsgespräch" gedauert. Ein Teilnehmer meinte später: „Es war sehr herzlich".

Dieses Gespräch demonstriert die tatkräftige Hilfe der westdeutschen Imperialisten für den faschistischen Terror in der Türkei und unter den türkischen Werktätigen in der Bundesrepublik. Erinnern wir uns an den 1. Mai 1977 in Istanbul. 32 Demonstranten der Mai-Kundgebung wurden damals ermordet. Und es war die türkische Geheimpolizei MIT, die in Zusammenarbeit mit den Mörderkommandos der „Grauen Wölfe" dieses Blutbad anrichtete. Bis 1977 hat diese Bande mehr als 216 Menschen in der Türkei ermordet. Geschützt und gedeckt von der türkischen Regierung. Denn eben der Führer der „Grauen Wölfe", Türkes, war stellvertretender Ministerpräsident in der Regierung Demirel.

Auch in Westdeutschland arbeiten diese Verbrecher, 1973 offiziell eingetragen im Vereinsregister in Kempten/Allgäu. Mit Schlägereien, Messerstechereien, ja auch mit Morden terrorisieren sie die türkischen Arbeiter. So geht der Mord an Neset Danis in Hamburg auf ihr Konto. Der Mörder entkam unter dem Schutz der deutschen Polizei ins Konsulat und wurde ausgeflogen. Die „Grauen Wölfe" erstachen in Düsseldorf den Patrioten Himet Karduman. Der Faschist Asöcal brachte einen der Streikführer bei Ford, Baha Targün, ins Gefängnis. Und all dies geschieht unter den Augen der deutschen Behörden. Nicht umsonst rühmt sich der Vorsitzende der europäischen Organisation, Enver Altayli, „bester Beziehungen zu Behörden und Polizei der Bundesrepublik".

Es ist der gemeinsame Haß auf den Kommunismus, der Strauß und Türkes an einen Tisch bringt, der die westdeutschen Imperialisten und die türkischen Faschisten zusammenarbeiten läßt. Darum kann auch die faschistische Zeitung „Tercüman" ungehindert von unserer „freiheitlich-demokratischen Ordnung" verbreiten: „Die schwachsinnigen Kommunisten aber, sowie ihre Herren und die Judenlakaien werden von uns, sobald wir sie sehen, wie Ratten zertreten und ausgerottet werden."

AUS DEM INHALT

Betriebsratswahl Opel/Bochum .. 4
Bauarbeiter: Über Hunderttausend warfen die Brocken hin 4
Opel/Rüsselsheim: 1.167 Stimmen für die Liste „Arbeiteropposition" 5
Wilhelmshaven: „Frischer Wind" im Kaufhaus Leffers 5
Nazi-Provokation in Singen 6
Polizeiterror gegen Jugendliche .. 6
Hamburg: Antifaschisten wie Schwerverbrecher behandelt 7
Erneut Gefängnisurteil gegen Antimilitaristen 7
Küstenfischer blockieren Kieler Hafen 8
Mieterhöhung für elende Baracken 8
Delegation revolutionärer deutscher Gewerkschafter beim 1. Mai in der SVR Albanien 9
1. Ordentlicher Kongreß der Roten Garde:
Rede des Genossen Ernst Aust ... 10
Rede des Genossen Reinhard Haneld 11
Grußadresse der Roten Garde an das ZK der KPD/ML 12
Grußadresse des Politbüros der KPD/ML an die Rote Garde 12

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00-463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Nur Reaktionäre trauern um Moro

Unsere Solidarität gehört den kämpfenden italienischen Werktätigen

Seine Leiche wurde auf der Via Caetani abgestellt, auf halbem Weg zwischen den von starken Polizeikräften bewachten Parteibüros der reaktionären „Democrazia Cristiana“ und der nicht weniger reaktionären revisionistischen KPI. Aber als die Nachricht von Moros Tod bekannt wurde, da heulten nicht nur die Chefs dieser beiden Parteien auf, sondern die gesamte Weltreaktion. Von der Bonner Regierung bis zu Tito, der Moro einen „hervorragenden italienischen Staatsmann und Freund“ nannte, vom Papst bis zu UNO-Chef Waldheim; von der „Prawda“ bis zu US-Präsident Carter.

Denn für sie alle bot das Ableben Moros in einer Zeit der sich überall verschärfenden Klassenkämpfe eine willkommene Gelegenheit, nach neuen Maßnahmen zur Unterdrückung der Arbeiterklasse zu schreien. Vor allem gilt das natürlich für Italien selbst. Die Wirtschaftskrise in diesem Land hat inzwischen so große Ausmaße erreicht, daß ca. acht Millionen Menschen keine Arbeit finden und zu Arbeitslosigkeit oder Emigration verurteilt sind. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht Hunderttausende mit Streiks und Demonstrationen gegen ihre schlechte wirtschaftliche Lage und das Erstarken von Faschismus und Reaktion protestieren. Gegen sie alle und vor allem natürlich gegen die italienischen Kommunisten, die Genossen der KPI/ML, wird jetzt im Zuge der „Terroristenhysterie“ mobil gemacht.

Und das nicht nur von Kapitalisten und Regierungsvertretern, sondern eben auch von den Arbeiterverrätern der KPI und der reaktionären Gewerkschaftsbonzen. Sie, die sonst in vorderster Front gegen Streiks und andere Kampfaktionen der italienischen Werktätigen hetzen, weil sie in dieser Zeit der Wirtschaftskrise nicht tragbar seien, rufen jetzt zu mehrstündigen Gedenkaktionen für den Reaktionär Moro auf. Und nicht nur das. Sie versuchen sogar den Abbruch von Streiks durchzusetzen! Sie organisieren die Aufstellung von faschistischen Selbstschutzwachen in den Betrieben! Angeblich, um die Arbeiter vor „terroristischen“ Akten zu schützen. Aber die italienischen Arbeiter, die bei ihren Kämpfen oft genug den Terror staatlicher und anderer bewaffneter Banden erlebt haben, wissen sehr gut, wer hier in Wirklichkeit geschützt werden soll: die italienischen Kapitalisten vor dem Klassenkampf der Werktätigen!

Und die Mailänder Zeitung „Il Giornale“ spricht auch offen aus, worum es bei dieser Terroristenhysterie“ in Italien wirklich geht, wenn sie schreibt: „Gewerkschaften und Arbeiter würden jedoch wirksamer zum Kampf gegen den Terrorismus beitragen, wenn sie die Extremisten in den Fabriken besser im Auge behielten, die sie zu oft beschützt und verteidigt haben.“ Mit diesen „Extremisten“ sind die revolutionären Arbeiter, sind vor allem die Genossen der KPI/ML gemeint. Denn die KPI/ML als Vorhut der italienischen Arbeiterklasse führt und organisiert den Kampf der italienischen Werktätigen gegen Ausbeutung und Unterdrückung und weist ihr den Weg zu einem freien Leben in einem sozialistischen Italien. Nicht umsonst ließ der italienische Staatsapparat in trauter Eintracht mit der revisionistischen KPI die Redaktion des Zentralorgans der KPI/ML überfallen und die Wohnungen zweier Genossen durchsuchen.

Darüber liest man natürlich nichts in der westdeutschen Presse. Sie versucht dagegen die Lüge von einem „Volk in Trauer“ in Italien zu malen. Aber die italienische Arbeiterklasse trauert genausowenig um den Reaktionär Moro, wie die deutsche Arbeiterklasse um den Kapitalistenboß Schleyer trauerte. Und deshalb gibt es auch für die deutschen Werktätigen heute nur ein Gebot der Solidarität. Die proletarische Solidarität mit dem Klassenkampf der italienischen Werktätigen unter Führung ihrer kommunistischen Partei.

Provokation der Bonner Presse

Mit einer hinterhältigen Provokation wartete nach dem Breschnew-Besuch die Bonner Presse auf. In mehreren Zeitungen erschienen Artikel, in denen es hieß — wie etwa in einer Schlagzeile der „Frankfurter Rundschau“ — „Junge Union und KPD/ML demonstrierten in Hamburg mit demselben Redner gegen Breschnew.“ Da ist von Transparenten unserer Partei die Rede, auf denen zur Einheitsfront mit „Christdemokraten“ aufgerufen würde, und in diesem Stil werden noch weitere Lügen verbreitet.

Nun ist es ja bekannt, daß die Gruppe Rote Fahne in Hamburg eine Veranstaltung durchführte, deren Starredner der russische Reaktionär Grigorenko war, der Stunden zuvor auch bei der Jungen Union gesprochen hatte. Eine Verwechslung also? Sicher nicht. Der „Rundschau“-Korrespondent Karsten Plog zum Beispiel widmet dem Breschnew-Besuch in Hamburg und der gemeinsamen Front von GRF und CDU zu diesem Anlaß immerhin über 150 Zeilen. Er vermerkt sogar solche Details der GRF-Veranstaltung wie eine herzliche Umarmung zwischen Grigorenko und Dutschke. Und da sollte ihm entgangen sein, wer die Veranstalter dieses Spektakels waren?

Genauso die anderen Zeitungen. Man weiß in den Redaktionen sehr gut Bescheid über unsere prinzipiellen Widersprüche zu den konterrevolutionären Positionen der GRF, die sich mit der Bonner Reaktion gegen Moskau zusammenschließen will. Verschiedentlich ist ja in denselben Zeitungen darüber berichtet worden. Die Verleumdungen gegen unsere Partei anläßlich des Breschnew-Besuchs, die Unverschämtheit, mit der hier der Name der KPD/ML auf die reaktionären Umtriebe der GRF gestülpt wird, das ist kein Einzelfall und das hat Methode.

Mit solchen schmutzigen Machenschaften will die Bonner Lumpenpresse im Interesse ihrer Auftraggeber unsere Partei vor den Werktätigen diskreditieren, sie in die rechte Ecke der Strauß und Co. drängen. So soll unser Kampf gegen den Sozialimperialismus, den wir von den revolutionären Positionen des Marxismus-Leninismus aus führen, als Teil der reaktionären CDU-Politik erscheinen. Die gleiche Lumpenpresse scheut sich auch nicht, umgekehrt unseren Kampf gegen die amerikanische Supermacht als Auftragsarbeit Moskaus zu verleumden.

Solche Hetze verfolgt auch noch einen anderen Zweck: Sie will glauben machen, daß die Kommunisten, die Werktätigen gar keinen eigenständigen antiimperialistischen Kampf führen können, daß der Kampf gegen die eine Supermacht nur an der Seite und unter dem Kommando der jeweils anderen Supermacht geführt werden könnte. Diese Propaganda, die unserem Volk den Glauben an die eigenen Kräfte nehmen, es den Angriffen der Supermächte gegenüber wehrlos machen soll, wird — mit verschiedenen Vorzeichen — auch von den Hilfstruppen der Bourgeoisie, der DKP und der GRF, betrieben. Unsere Partei hat dagegen stets klargestellt, daß es nicht nur eine notwendige, sondern auch eine siegreiche Strategie ist, wenn sich die Völker — gestützt auf ihre eigenen Kräfte — im revolutionären Kampf gegen beide Supermächte und alle Reaktionäre zusammenschließen.

Ecevit in Westdeutschland

Bonn verstärkt den Griff nach der Türkei

In der letzten Woche kam der türkische Regierungschef Ecevit zu einem mehrtägigen Staatsbesuch in die Bundesrepublik. Auf dem Programm seiner Gespräche in Bonn standen Verhandlungen um neue langfristige Kredite für die Türkei und um eine Aufstockung der Waffenlieferungen. Die türkische Armee soll unter anderem mit Leopard-Panzern und Raketen aus westdeutschen Waffenschmieden ausgerüstet werden.

Die Bonner Presse bezeichnete Ecevits Reise an den Rhein offen als Bittgang. Tatsächlich steckt die Türkei heute in einer Wirtschaftskrise, die derartig scharfe Formen angenommen hat, daß das Land heute vor einem Staatsbankrott steht. Auf die riesige Summe von 15 Milliarden Mark ist die Auslandsverschuldung der Türkei angewachsen. Diese Lage der türkischen Wirtschaft nutzen die westdeutschen Imperialisten schamlos aus, um über Kredite, Militärhilfe usw. zu Bedingungen, die sie diktieren, ihre Positionen in der Türkei zu verstärken und das Land noch weiter von Bonn abhängig zu machen.

Die Herren in Bonn nennen das dann eine uneigennützige Hilfe. Tatsächlich aber verschärft sich durch die zunehmende Ausplünderung der Türkei durch die westdeutschen und anderem Imperialisten die Krise im Land immer mehr. Und nach dem Willen des Regimes in Ankara sollen die Werktätigen die Folgen dieser Krise tragen. Drei Millionen Arbeitslose, die Hälfte der Bevölkerung Analphabeten, zunehmende Verelendung — das ist die Lage für die Werktätigen in der Türkei.

Und unsicher ist auch die Zukunft der Millionen türkischer Arbeiter, die im Ausland — vor allem in der Bundesrepublik — leben. Denn sie werden heute von den Kapitalisten, für die sie jahrelang für Hungerlöhne geschuftet haben, zu Tausenden auf die Straße geworfen und von den Behörden des Bonner Staates ohne Federlesen aus dem Land gewiesen. Um diesen brutalen Terror gegen die türkischen Kollegen zu verschleiern, haben Schmidt und Ecevit jetzt über ein sogenanntes Hilfsprogramm gesprochen, für das sie die Reklametrommel rühren.

Danach sollen sich die türkischen Gastarbeiter mit ihren Ersparnissen an „eigenen“ Betrieben in der Türkei beteiligen, durch die dann neue Arbeitsplätze geschaffen würden. Abgesehen davon, daß der bislang einzige Betrieb dieser Art, der bislang im Bau ist, noch nicht einmal tausend Arbeitern und Angestellten eine Beschäftigung geben wird: Das Ganze ist ein besonders abgefeimtes Betrugsmanöver. Denn so wird den türkischen Kollegen ihr hart erarbeitetes und unter großen Entbehrungen zusammengespartes Geld aus der Tasche gezogen. Und die Betriebe, die sie damit finanzieren, sind genauso wenig ihre eigenen, wie der VW-Konzern den Besitzern von „Volksaktien“ gehört.

Aus aller Welt

Iran: Massenkämpfe greifen auf Teheran über

Die letzte Woche im Iran stand wieder im Zeichen militanter Massenkämpfe gegen die verhaßte faschistische Diktatur. 23 Städte des Landes waren vom Aufruhr gegen das Regime ergriffen. In der Stadt Qom zum Beispiel setzten sich die Werktätigen zehn Stunden lang mutig gegen die Truppen der Diktatur zur Wehr. Ende der Woche wurde auch die Hauptstadt Teheran vom Aufruhr der Massen erfaßt. Mit Rufen wie „Nieder mit dem Schah“ setzte sich eine riesige Menge in Richtung auf das Hauptpostamt in Bewegung. Gegen die unbewaffneten Demonstranten ließ das faschistische Regime Militäreinheiten in einer Stärke von 2.000 Mann anrücken.

In mehreren Städten wurde während der Kämpfe das Feuer auf die Werktätigen eröffnet. Noch ist unbekannt, wieviele Menschen dem Mordterror des Regimes zum Opfer gefallen sind. Und wieder versuchen die iranischen Faschisten im trauten Verein mit der bürgerlichen Lumpenpresse der kapitalistischen Welt, den Aufruhr als das Werk von religiösen Fanatikern hinzustellen. Aber ungewollt haben sie sich selbst als Lügner entlarvt. So gab der Polizeibericht an, daß etwa in Täbris mehrere Werktätige in den Kerker geworfen wurden, nur weil sie rote Fahnen trugen. Andere Massenverhaftungen wurden damit begründet, daß die Betreffenden „kommunistische Propaganda betrieben“ hätten.

Wegen der breiten Massenkämpfe sah sich der Schah gezwungen, eine Reise zu den ungarischen Revisionisten abzusagen, die diesen faschistischen Schlächter zu einem Staatsbesuch eingeladen hatten.

Libanon: UNO-Truppen eröffnen Granatfeuer

Auch in der letzten Woche entwickelten sich im Südlibanon wieder Kämpfe zwischen den UNO-Truppen und den palästinensischen Patrioten. Dabei feuerten norwegische UNO-Einheiten eine Raketengranate in eine palästinensische Stellung. Ein Patriot wurde dadurch getötet, mehrere wurden verletzt. Wieder einmal zeigte sich durch diesen Terrorakt, daß die UNO-Truppen keine andere Aufgabe haben, als den gerechten Kampf gegen die israelische Besatzung zu unterdrücken.

Tschad/Sahara: Französische Imperialisten verteidigen Militäreinsatz

Mit der unverhüllt vorgetragenen Logik der Imperialisten verteidigte der französische Außenminister Guiringaud den Einsatz von französischen Truppen gegen die Völker des Tschad und der Westsahara. „Man spielt in der Welt keine Rolle, wenn man nicht einige Risiken auf sich nimmt“, erklärte dieser Herr. Unterdessen konnten die sahaurischen Patrioten melden, daß bei den letzten Kämpfen wieder ein französischer Terrorbomber abgeschossen wurde.

Angola: Mordterror der südafrikanischen Rassisten

Wie jetzt bekannt wurde, sind dem faschistischen Überfall des Vorster-Regimes auf Angola über 500 Flüchtlinge aus Namibia zum Opfer gefallen. Die südafrikanischen Rassisten halten nicht nur Namibia militärisch besetzt. Sie verfolgen auch die Angehörigen des namibischen Volkes, die vor dem Besatzerterror geflohen sind, noch über die Grenzen dieses Landes hinaus mit ihren Mordbanden. Der Überfall auf Angola hat den Haß der Völker des südlichen Afrika gegen die Rassisten noch verstärkt und einmal mehr deutlich gemacht, daß man mit ihnen nur in einer Sprache sprechen kann, mit dem bewaffneten revolutionären Kampf.

Spanien: Militante Kämpfe im Baskenland

In der baskischen Stadt Pamplona führten Tausende Werktätige trotz Verbot eine machtvolle Demonstration durch, mit der sie die Freiheit für die politischen Gefangenen forderten. Die Polizei überfiel diese Demonstration und eröffnete das Feuer mit Hartgummigeschossen. Zwei Tage später kam es erneut zu schweren Kämpfen zwischen den baskischen Werktätigen und der Polizei und bewaffneten faschistischen Banden. Dabei wurde ein Werktätiger durch einen Schuß verletzt. Bei bewaffneten Auseinandersetzungen mit baskischen Patrioten wurden in der vergangenen Woche zwei Angehörige der verhaßten paramilitärischen Polizeitruppe Guardia Civil getötet.

Im Andenken an Julio Alvarez del Vayo

Anläßlich seines dritten Todestages hat am 7. Mai in Genf am Grab von Julio Alvarez del Vayo eine Gedenkfeier zu Ehren dieses großen Sohnes des spanischen Volkes stattgefunden. An der Gedenkfeier haben Vertreter der KP Spaniens/ML, der FRAP, der Front des Volkes aus Chile, Angehörige mehrerer Komitees für die Solidarität mit den Völkern Spaniens, türkische Revolutionäre und Vertreter unserer Partei, der KPD/ML, teilgenommen:



Der Name Julio Alvarez del Vayos ist untrennbar mit dem revolutionären Kampf der Völker Spaniens für die Republik verbunden. Er war Außenminister und Generalkriegskommissar der 2. Republik und gehörte nach ihrer Niederlage zu den schärfsten Anklägern des faschistischen Regimes Francos. Bei der Gründung der FRAP wurde er zu ihrem ersten Präsidenten gewählt. In seiner Rede sagte der Vertreter unserer Partei u. a.:

„Julio Alvarez del Vayo hat Zeit seines Lebens für die Freiheit, gegen die Reaktion, den Faschismus und Imperialismus gekämpft — als Organisator und Leiter des nationalrevolutionären Krieges, als unerbittlicher Ankläger des frankistischen Mörderregimes und schließlich trotz seines hohen Alters als erster Präsident der FRAP. Die Republik, für die Julio Alvarez del Vayo gekämpft hat, war keine Republik, in der das Kapital an der Macht sein sollte. Er kämpfte für die Errichtung der föderativen Volksrepublik ... für ein freies Spanien, in dem die Macht in den Händen der arbeitenden Menschen in Stadt und Land liegt. Und er wußte genau, daß ein solches Spanien nur durch die Revolution geboren werden kann, nur dadurch, daß die Herrschaft der faschistischen Oligarchie gestürzt und das Joch des Imperialismus, das auf den Völkern Spaniens lastet, zerbrochen wird.“

VANGUARDIA OBRERA SEMANAL — Spanien

Bandeira Vermelha — Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus“ (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien



Griechenland



AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Solidaritätsaktion von den Bonzen sabotiert

Genossen,

im Zusammenhang mit den Streiks in den letzten Wochen möchte ich euch berichten, was sich in einer Stuttgarter Buchhandlung zutrug. Für Donnerstag, den 30. März, hatte der DGB endlich, nachdem er sie dauernd verschleppt hatte, zu einer Demonstration und Kundgebung gegen den Aussperrungsterror aufgerufen.

Die Kollegen der Buchhandlung beschlossen auf ihrer Betriebsgruppensitzung, an der Kundgebung, die für 16 Uhr angesetzt war (also während der Arbeitszeit), teilzunehmen und möglichst viele Kollegen dafür zu mobilisieren. Am Donnerstag morgen wurde der Geschäftsleitung ein Schreiben übergeben, in dem zwei Abteilungen fast vollständig unterschrieben hatten, daß sie ab 16 Uhr die Arbeit niederlegen und zu der Kundgebung gehen wollten. Die Gewerkschaft hatte vorher die rechtliche Abdeckung der Aktion zugesichert.

Die Geschäftsleitung reagierte darauf, wie zu erwarten war, sehr hektisch und verteilte an die Kollegen, die unterschrieben hatten, ein Schreiben, in dem es hieß, daß diese Aktion rechtlich nicht haltbar sei und er — der Chef — sich arbeitsrechtliche Schritte vorbehalten würde.

Daraufhin gingen fünf Kollegen zum DGB, um sich ein endgültiges O.K. geben zu lassen. Im DGB-Haus war aber kein Sekretär aufzutreiben — bei keiner einzigen Gewerkschaft. Und das um 11.30 Uhr! Nach einer Stunde war dann endlich einer da, der den Kollegen noch einmal versicherte, daß rechtlich alles klar sei und auch erklärte, daß der Rechtsschutz sich auch auf die unorganisierten Kollegen erstrecke (viele, die unterschrieben hatten, sind nicht in der Gewerkschaft). Die Kollegen setzten eine neue Unterschriftenliste auf und alle unterschrieben wieder. Um 15 Uhr rief dann ein anderer Sekretär der HBV an und erklärte, daß die Aktion rechtlich nicht möglich sei und man bedenken müsse, daß bla, bla...

Daraufhin bliesen die Kollegen die Aktion ab. Mehrere Kollegen gingen zur Geschäftsleitung und verhandelten wegen einer Betriebsdelegation. Die Geschäftsleitung willigte ein, aber nur unter der Bedingung, daß der Laden weiterlaufen müsse. Aber wo bleibt da der Effekt der Aktion? Außerdem machte jetzt ein Teil der Kollegen auch nicht mehr mit, da es auf Kosten der anderen Kollegen gegangen wäre, die hätten mehr arbeiten müssen.

So weit, so schlecht — als die Kundgebung schon angefangen hatte, rief wieder ein anderer Funktionär an und erklärte, daß die Aktion doch durchführbar sei. Das war zuviel! Es wurde nun weitergearbeitet, aber mit ungeheurem Haß auf den DGB-Apparat. Und deshalb hat die Aktion doch etwas genützt. Vielen Kollegen wurde die Funktion der DGB-Gewerkschaften — uns in den Rücken zu fallen — bewußter.

Rot Front!

Vorwärts beim Aufbau der RGO!

Mehr Urlaub — mehr Arbeit

Liebe „Roter-Morgen"-Redaktion!

Betr.: „Roter Morgen" Nr. 16, Seite 4, Artikel: Nacht- und Nebelabschluß bei ÖTV.

Den Artikel fand ich sonst sehr gut, aber es wurde meiner Meinung nach eine wichtige Sache vergessen. Es geht um die zwei Tage mehr Urlaub, die die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst dieses Jahr bekommen. Die ÖTV-Bonzen reden überall groß über diese zwei Tage, um den 4,5-Prozent-Abschluß vor empörten Kollegen zu rechtfertigen. Jeder freut sich über mehr Urlaub, aber nicht über die Mehrarbeit, die man jetzt während der Urlaubszeit noch leistet. Es werden keine neuen Leute eingestellt, obwohl durch die zwei Tage mehr Kollegen vom Dienst ausfallen. Den Arbeitgeber kosten zwei Tage mehr Urlaub keinen Pfennig, uns aber mehr Arbeitshetze!

Rot Front!
Eine Kollegin vom Öffentlichen Dienst

Wir bedanken uns für diese Ergänzung zu unserem Artikel — RM-Redaktion.

400 DM Kopfgeld

Liebe Genossen!

Wie ihr im RM Nr. 7 berichtet habt, kassieren die Kapitalisten bei der Einstellung von Mädchen in sogenannten Männerberufen vom Staat 400 DM monatlich. Daß es dieses „Kopfgeld" nicht nur für Mädchen gibt, zeigt folgendes Erlebnis, das mir neulich ein Lehrer erzählte:

Die Mutter eines mittelmäßigen Schülers kam eines Tages zum Lehrer und bat ihn, den Jungen doch in die Sonderschule zu schicken. Da der Lehrer jedoch der Meinung war, daß der Junge mit etwas Förderung und Anstrengung einen ganz guten Hauptschulabschluß schaffen könnte, war ihm das Ansinnen der Frau unverständlich, zumal sie sich weigerte, stichhaltige Gründe dafür zu nennen. Die Mutter wandte sich daraufhin an den Schulrat, der wiederum beim Lehrer anfragte, warum er sich denn weigere, den Schüler, der ja doch offensichtlich so schlecht sei, auf die Sonderschule zu schicken. Durch eigene Nachforschungen und Gespräche mit Kollegen bekam der Lehrer dann den Grund heraus: Der Junge hatte vom Besitzer einer kleinen Autowerkstatt eine Lehrstelle versprochen bekommen, falls er einen Sonderschulabschluß mache. **Da der Staat für jeden Sonderschüler 400 DM monatlich an die Unternehmer zahlt, stellte dieser Kleinkapitalist ausschließlich Sonderschüler ein.** Daß keiner der Lehrlinge nach Abschluß der Lehrzeit eine Chance hatte, übernommen zu werden, braucht man wohl kaum noch extra zu erwähnen.

Eine Genossin aus Offenbach

Entsetzlich . . .

Kürzlich spielte sich folgendes im Lehrerzimmer einer Bochumer Grundschule ab: Eine ältere Lehrerin kam ziemlich aufgelöst zur großen Pause in den Raum. Auf die Frage, was denn los sei, berichtete sie, sie hätte gerade eine Religionsstunde in einem zweiten Schuljahr gehabt. Thema wären die Pharisäer und Zöllner gewesen, die zu Christi Zeiten „verachtete" Berufe gehabt hätten. Da sie nicht sicher war, ob die Schüler sich etwas unter dem Wort „verachten" vorstellen können, habe sie den Sinn kurz erklärt. Um zu überprüfen, ob die Schüler das nun auch verstanden haben, hätte sie gefragt, wer denn hier bei uns verachtet sei. Sie hätte nun als Antwort „Diebe, Räuber, Mörder" etc. erwartet, doch die ganze Klasse hätte geantwortet: „Die Reichen!" Sie fügte ein wenig erschüttert hinzu, sie habe nicht erwartet, daß das schon bis zu den Kleinen durchschlage. Was sie mit „das" meinte, ist klar: den Klassenkampf. Eine erfreuliche Sache, wie ich meine.

Ein Genosse aus Bochum.

Bauarbeiter kampfbereit

Über Hunderttausend warfen die Brocken hin!

In der vergangenen Woche kam es erneut im ganzen Bundesgebiet und in Westberlin zu Warnstreiks der Bauarbeiter. Am Dienstag war es, als weit über hunderttausend Kollegen für Stunden die Brocken hinwarfen und auf Kundgebungen, teilweise auch mit Demonstrationszügen, ihre Kampfbereitschaft zeigten.

Zu den Warnstreiks hatte der Apparat der IG Bau-Steine-Erden aufgerufen — gezwungenermaßen. Denn große Unruhe, Empörung über das unverfrorene Verhalten der Bauunternehmer herrscht auf den Baustellen. Es ist lange her, daß die Kampfbereitschaft der Bauarbeiter so stark war. Die Kollegen wollen es sich nicht länger gefallen lassen, daß sie immer rücksichtsloser von den Unternehmern ausgepreßt werden und daß ihr Reallohn zunehmend abgebaut wird. Die Arbeit auf dem Bau ist hart. Es ist Knochenarbeit, und das oft bei sehr schlechten Arbeitsbedingungen, in Kälte und Nässe, bei Schmutz, Staub, Wind und Wetter. Und wenn im Winter wegen zu großer Kälte Ausfalltage zu verzeichnen sind, erhalten die Kollegen nur ca. 65 Prozent ihres Tariflohns

Skrupellos haben die Bauunternehmer die Angst um den Arbeitsplatz ausgenutzt, um übertarifliche Leistungen zu streichen, zu rationalisieren, die Arbeitshetze zu verschärfen und noch mehr Arbeitsplätze zu vernichten. Wie sehr die Ausbeutung der Bauarbeiter verschärft wurde, zeigt die Tatsache, daß das Produktionsergebnis pro Bauarbeiter in den letzten Jahren um rund ein Drittel gestiegen ist. Zwei Kollegen schaffen heute das gleiche Pensum, wie drei Kollegen noch vor zwei oder drei Jahren. Und das bei sinkenden Löhnen!

Gegen all diese Angriffe der Kapitalisten hat der Gewerkschaftsapparat nichts getan. Im Gegenteil: Die Bonzen haben noch ihren Segen dazu gegeben. So scheute der Landesvorsitzende der IG Bau in Nordrhein-Westfalen sich nicht, stolz zu verkünden: „Dabei haben wir zwei Jahre lang bei den Urlaubsverbesserungen stillgehalten und ein Jahr beim Lohn zurückgesteckt." Kann man von diesen Bonzen erwarten, daß sie die Interessen der Bauarbeiter vertreten? Nein!

Seit Monaten verschleppen sie inzwischen sowohl die Verhandlungen für einen besseren Bundesrahmentarifvertrag als auch die Lohntarifverhandlungen. Butterweich reagierten sie auf die dreisten Provokationen der Baukapitalisten. Schon vor Beginn der Tarifverhandlungen drohte der Bauunternehmerverband mit Aussperrung. Dann lehnten die Unternehmer frech den Schlichtungsspruch in den Verhandlungen über den Rahmentarifvertrag ab, obwohl er für die Arbeiter nur ein Almosen enthielt. Und sie besitzen sogar die Unverfrorenheit, die Forderungen der Gewerkschaft als „maßlos" hinzustellen. Dabei fordern die IG-Bau-Bonzen nur jämmerliche 7,7 Prozent und eine Verbesserung des sogenannten 13. Monatsgehalts, von der sogar die „Westfälische Rundschau" schreibt: „Die IG Bau meldet nur bescheidene Forderungen auf dem Weg zum 13. Monatslohn an."

Viele Kollegen sind der Meinung, daß man den Unternehmern schon längst mit der Organisierung des bundesweiten unbefristeten Streiks hätte antworten müssen. Aber genau den wollen die Bonzen möglichst verhindern. Nachdem jetzt auch die Lohntarif-Verhandlungen scheiterten, tönte es auf Flugblättern des Gewerkschaftsapparats: „Letzte Warnung an die Arbeitgeberverbände." Aber was machten die Bonzen? Sie machten Schlichtungsverhandlungen und als diese am Mittwoch letzter Woche zu keinem Ergebnis führten, waren sie sogar damit einverstanden, daß die Schlichtung am Donnerstag dieser Woche weitergeführt wird.

Viele Bauarbeiter spüren: Der IG-Bau-Apparat verschaukelt sie, er steht in Wahrheit auf der anderen Seite. Deshalb wächst unter den Kollegen das Interesse an der RGO. Am Dienstag letzter Woche, auf der Kundgebung der Bauarbeiter in Dortmund vor der Westfalenhalle, verteilten Genossen unserer Partei die neue Ausgabe der „RGO-Nachrichten". Innerhalb einer Viertelstunde waren mehrere hundert verteilt. Fast jeder Kollege hatte eine genommen.



Kundgebung der Bauarbeiter am 9. 4. in Dortmund

Betriebsratswahl Opel/Bochum

Absage an opportunistische GOG-Führer

„Eine Absage der Belegschaft an die Linken" — so interpretieren bürgerliche Kommentatoren das Ergebnis der Betriebsratswahl bei Opel in Bochum. Und die IGM-Bonzen sowie die eingefleischten Arbeiterverräter um den bisherigen Betriebsratsvorsitzenden Perschke tönen: „Ein Vertrauensbeweis für die IG Metall und ihre Betriebsräte; die Belegschaft hat sich gegen die Gewerkschaftsfeinde und Sektierer ausgesprochen..."

Der Anlaß für diese triumphierenden Sprüche: Die GOG („Gewerkschaftsoppositionelle Gruppe") mit ihrer „Liste für die Belegschaftsforderungen" erlitt gegenüber den letzten Betriebsratswahlen vor drei Jahren erhebliche Stimmeinbußen. Konnte die GOG damals noch zwölf Betriebsratssitze erringen, so zieht sie diesmal nur noch mit neun Vertretern in den Betriebsrat ein. In einer Abteilung — dem Preßwerk — bekam die GOG sogar nur noch etwa halb soviel Stimmen wie bei der letzten Wahl.

Aber der Schein trügt. Die Stimmenverluste der GOG bedeuten nicht etwa eine „Absage an die Linken", sondern vielmehr eine Absage an die opportunistische Politik der GOG-Führer, die den konsequenten, unversöhnlichen Kampf gegen die Kapitalisten und den DGB-Apparat sabotieren. Das geht soweit, daß die GOG sogar den Kampf gegen Sonderschichten verraten hatte. Anstatt im Betriebsrat gegen die Sonderschichten zu stimmen, hatte die GOG-Fraktion sich opportunistisch der Stimme enthalten. So konnte auch die Betriebszelle unserer Partei den Kollegen nicht empfehlen, für die GOG-Liste zu stimmen.

Bei Opel/Rüsselsheim, wo dieses Jahr zum ersten Mal eine wahrhaft klassenkämpferische Liste mit einem konsequenten Kampfprogramm kandidierte — die Liste „Arbeiteropposition" —, entschieden sich 1.167 Arbeiter für sie und wählten damit einen revolutionären Kollegen in den Betriebsrat. In anderen Betrieben konnten revolutionäre Listen noch größere Erfolge erringen, so z. B. die RGO-Liste bei Hoesch/Union mit 34 Prozent der Stimmen. Auch die klassenbewußten Kollegen bei Opel/Bochum erkennen und fühlen, daß nur eine Politik des unversöhnlichen Klassenkampfes ihren Interessen dient, daß der Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition die richtige Alternative zum arbeiterfeindlichen DGB-Apparat bildet. Sie machten aber die Erfahrung, daß die GOG keineswegs diese notwendige Alternative darstellt, sondern opportunistisch ist und versöhnlerisch gegenüber den Bonzen.

Die kämpferischsten Kollegen von Opel/Bochum und die Betriebszelle unserer Partei werden deshalb verstärkt den Aufbau einer RGO-Gruppe in Angriff nehmen, um die Einheitsfront der Opelarbeiter voranzutreiben. Sicherlich werden dem IGM-Apparat in drei Jahren auch bei Opel/Bochum revolutionäre Betriebsratskandidaten gegenüberstehen, denen die klassenbewußten Kollegen vorbehaltlos ihre Unterstützung geben können.

Opel-Rüsselsheim

1.167 Stimmen für die Liste „Arbeiteropposition"

Acht verschiedene Listen standen in den Rüsselsheimer Opel-Werken zur Wahl. Nur eine einzige jedoch kandidierte mit einem klaren, klassenkämpferischen Programm, einem Programm, das nicht nur die wichtigsten betrieblichen Forderungen der Opel-Kollegen enthält, sondern auch einen klaren Trennungsstrich gegen den reaktionären DGB-Apparat zieht. „Für die Schmiedung der Arbeitereinheit im Kampf!" — das war die Losung der Liste „Arbeiteropposition". Für dieses Programm und für die drei revolutionären Kandidaten der Liste stimmten 1.167 Opel-Kollegen, das sind 3,9 Prozent der gültigen Stimmen. Damit zieht ein Kandidat der Liste „Arbeiteropposition", der Montagearbeiter Heinz Aufschläger, in den Betriebsrat ein.



Heinz Aufschläger

Für die Opelarbeiter in Rüsselsheim ist das ein wichtiger Erfolg. Bei Opel-Rüsselsheim sind rund 40.000 Menschen beschäftigt. Von jetzt an ist es auch in diesem bedeutenden Großbetrieb vorbei mit der ungestörten Zusammenarbeit zwischen einer reaktionären Betriebsratsmehrheit und den Kapitalisten auf dem Rücken der Belegschaft. Der Kollege Heinz Aufschläger wird kompromißlos die Forderungen und Belange der Arbeiter und kleinen Angestellten aufs Tapet bringen. Er wird alles in seiner Macht stehende tun, um die Geheimdiplomatie hinter dem Rücken der Belegschaft, wie sie von den IGM-Betriebsratsbonzen mit dem berüchtigten Arbeiterverräter Heller an der Spitze betrieben wird, zu durchkreuzen. Und der revolutionäre Betriebsrat wird auch dazu beitragen, die Arbeitereinheit gegen Bosse und Bonzen zu schmieden und den Aufbau der RGO bei Opel voranzutreiben.

Sicher — die Heller-Liste, d. h. die offizielle IGM-Liste kann mit 69,3 Prozent auf ein erfolgreiches Wahlergebnis für sich verweisen. Das zeigt: Der Einfluß des IGM-Apparats und der Bonzen und Arbeiterverräter um den Betriebsratsvorsitzenden Heller ist doch noch ziemlich stark. Die demagogischen Parolen von der „starken Gewerkschaft", die einem Betriebsrat erst „entsprechenden Rückhalt verleihen" würde, sind bei einem Teil der Belegschaft noch auf Widerhall gestoßen, obwohl sich zunehmend zeigt, daß der IGM-Apparat gerade im Verrat an den Interessen der Kollegen „stark" ist, und obwohl die Heller und Co. schon oft genug von den Kollegen verflucht wurden, wenn sie wieder einmal mit den Bossen gemauschelt, Sonderschichten und Rationalisierungsmaßnahmen zugestimmt hatten. Aber auf der IGM-Liste kandidierten eben auch eine Reihe von Leuten, die sich ziemlich links und radikal geben. Von ihnen erhofft sich mancher Kollege wohl ein konsequentes Eintreten für die Interessen der Belegschaft. Zum Beispiel kandidierten auf aussichtsreichen Positionen der IGM-Liste zehn Mitglieder oder Parteigänger der scheinkommunistischen DKP, die ja raffiniert genug ist, sich der Stimmung der Arbeiter einigermaßen anzupassen und gelegentlich sogar die Pose einer „linken Opposition" gegen die Gewerkschaftsführung und gegen allzu offene Handlanger der Bosse einzunehmen.

Die kommenden Jahre werden jedoch mit Sicherheit dazu führen, daß der Verrat, die arbeiterfeindliche Politik der Klassenzusammenarbeit der Heller-Clique einschließlich der DKP-Arbeiterverräter von vielen Kollegen klar durchschaut wird, die jetzt noch IGM-Liste gewählt haben. Daß 1.167 Kollegen sich bei dieser Wahl trotz aller Demagogie, trotz massiver Hetze und Verleumdungen seitens der Heller-Clique und des IGM-Apparats für die revolutionären Kandidaten und das konsequente Kampfprogramm der Liste „Arbeiteropposition" entschieden haben, ist eine große Ermutigung. Dieser Erfolg stärkt die Einheit der Arbeiter bei Opel-Rüsselsheim gegen die Kapitalisten und die Arbeiterverräter. Er zeigt: die klassenbewußten Kollegen schließen sich zusammen.

Ministerkonferenz

So kämpft dieser Staat gegen Arbeitslosigkeit

„Minister sind Arbeitsunwilligen auf der Spur", lautet eine Überschrift in der „Süddeutschen Zeitung" vom 9. Mai. Mit „Arbeitsunwilligen" gemeint ist nicht etwa das Gesindel von reichen Schmarotzern und Couponschneidern, sind nicht die Inhaber von Aktienpaketen und Luxusvillen, sind nicht die verkommenden Millionärssöhnchen und Playboys vom Schlage eines Gunther Sachs, die sich zu allen vier Jahreszeiten an diversen Bade- und Wintersportorten herumtreiben und ihr ganzes Leben lang meist noch keinen Finger krumm gemacht haben. Nein. Gemeint sind vielmehr Menschen wie du und ich, Menschen, die sich ihr ganzes Leben lang in Fabriken oder Büros abschinden mußten und die von den Unternehmern dann plötzlich — im Zuge von Wirtschaftskrise und Rationalisierung — auf die Straße geworfen wurden. Gemeint sind die Arbeitslosen.

Wo liegen — glaubt man der bürgerlichen Meinungsmache — die Ursachen der nun schon seit vier Jahren anhaltenden Massenarbeitslosigkeit? Etwa im kapitalistischen System mit seiner unheilbaren Wirtschaftsanarchie? Etwa in der Profitgier der Unternehmer, deren Maxime da lautet: mit weniger Beschäftigten einen höheren Gewinn herausschinden? Da weiß es die Länderinnenministerkonferenz, die jüngst zum Thema Arbeitslosigkeit in München zusammentrat, besser. Deshalb hat die Ministerrunde ein Projekt beschlossen, über das es in der „Süddeutschen" heißt: „Zur Klarstellung der **tatsächlichen Lage auf dem Arbeitsmarkt** sollen in der Bundesrepublik verschiedene Modellarbeitsamtsbezirke gebildet werden, in denen das bereits vorhandene Material weitergehend aufbereitet werden soll. Ziel dieser Maßnahme ist es, einen Überblick über die **echte Arbeitslosigkeit** zu bekommen" (Hervorhebungen durch uns — RM). Der bayrische Wirtschaftsminister Jaumann erläuterte dazu: Durch die Untersuchung solle die Höhe der „Dunkelziffer der Arbeitsunwilligen", über die es „abweichende Meinungen" gebe, ermittelt werden.

Der Zynismus der Herren Minister ist wahrlich unbeschreiblich! Und ebenso der einer Presse, die diese Ungeheuerlichkeiten ebenso schamlos wie kommentarlos verbreitet. Allerdings ist es für die Minister kein Selbstzweck, wenn sie die Opfer der kapitalistischen Profitgier, die Opfer dieses Systems mit einer Dreistigkeit verhöhnen, die einem die Sprache raubt. Da stehen handfeste Absichten dahinter: Man plant, einem Teil der Arbeitslosen einen amtlichen Stempel aufzudrücken — „Arbeitsunwilliger" — um ihm, falls er noch Unterstützung bezieht, diese zu rauben bzw. ihn zu zwingen, sich zu Hungerlöhnen und himmelschreienden Bedingungen in der Privatwirtschaft zu verdingen oder aber in staatlichen Institutionen Zwangsarbeit für praktisch kein Entgelt zu leisten.

Ansätze in dieser Richtung gibt es schon. So zum Beispiel die berüchtigte „Probearbeit" oder „Probebeschäftigung", zu der sogenannte „schwer vermittelbare" Arbeitslose vom Arbeitsamt gezwungen werden können. Oder man denke an die Jugendlichen, die gewisse Unternehmer mit dem vagen Versprechen einer eventuellen späteren Lehrstelle umsonst oder für ein Almosen für sich malochen lassen. Oder man denke an die Arbeitslosen, die dazu erpreßt werden, zum Beispiel öffentliche Parkanlagen zu säubern, ohne daß sie dafür Lohn und Gehalt, geschweige denn einen normalen Arbeitsvertrag erhalten.

Es ist notwendig, daß sich die Arbeitslosen zusammenschließen, um gegen diese unerhörten Angriffe der Kapitalisten und ihres Ausbeuterstaates organisiert zu kämpfen. Es ist notwendig, daß die gesamte Arbeiterklasse diesen Kampf unterstützt.

Wilhelmshaven

Frischer Wind im Kaufhaus Leffers

Im Kaufhaus Leffers in Wilhelmshaven weht nun ein frischer Wind. Ein revolutionärer Kollege zieht in den Betriebsrat ein. Er wird sich unbestechlich und kompromißlos für die Interessen und Forderungen der Kolleginnen und Kollegen einsetzen. Auf einer oppositionellen Liste, die von einer Gruppe von etwa 10 aktiven, kämpferischen Kollegen auf die Beine gestellt wurde, hatte er sich als Einzelkandidat gegen die reaktionäre Liste 2 zur Wahl gestellt. Die Liste nannte sich „Frischer Wind" und sie errang 34,2 Prozent der abgegebenen Stimmen. Von 199 Stimmen waren es 68, die auf die oppositionelle Liste entfielen. Damit hätten sogar zwei Kandidaten in den siebenköpfigen Betriebsrat einziehen können.

Das Kaufhaus Leffers ist dafür bekannt, daß früher nur Katholiken eingestellt wurden. Noch heute mischt sich die Geschäftsleitung unverfroren in die persönlichen Angelegenheiten der Belegschaftsmitglieder ein. Die Aufstellung der Liste „Frischer Wind" war somit ein Schlag gegen die von den Kaufhauskapitalisten gepredigte „Wir sind doch alle eine Familie"-Ideologie. Entsprechend brutal und gereizt reagierte die Geschäftsleitung denn auch. Dem revolutionären Kandidaten, einem 22-jährigen Verkäufer, der noch bis Mitte Juli in der Ausbildung steht, wurde umgehend mitgeteilt, daß er nicht übernommen werde. Von den Abteilungsleitern wurde eine gemeinsame Hetze gegen die Liste betrieben.

Aber all das konnte die kämpferische Stimmung unter den Kollegen nicht mindern. In 3 Tagen wurden 35 Unterschriften für die Liste gesammelt (23 waren notwendig) und zwar im geheimen, weil der Personalchef nichts merken sollte. Auch die Bonzen der Gewerkschaft HBV (Handel, Banken, Versicherungen), die anfangs so taten, als würden sie den Kandidaten unterstützen, hetzten nun offen gegen ihn und gegen die kämpferischen Kollegen, die aktiv seine Kandidatur unterstützen. Dazu kam dann noch, daß Kollegen, vor allem ältere, unter Druck gesetzt wurden („...es ist besser für Sie, wenn Sie ihre Unterschrift zurückziehen..."), daß die Unterzeichner teilweise sogar ins Büro der Geschäftsleitung gerufen und dort „bearbeitet" wurden. Aber es nutzte alles nichts. Nur wenige ließen sich einschüchtern. Die Liste blieb gültig.

Nachdem der revolutionäre Kollege ein Flugblatt mit seiner Erklärung „Was will die Liste ‚Frischer Wind?'" verteilt hatte, war die Stimmung im Betrieb großartig. Viele hatten Hochachtung davor, daß endlich Kollegen es wagten, offen der Geschäftsleitung die Stirn zu bieten. Und auch der Inhalt und das Forderungsprogramm der Wahlerklärung wurde von vielen Kollegen voll begrüßt. Als dann das Wahlergebnis da war, herrschte entsprechend Freude und Begeisterung unter den Kollegen.

Westberlin

Erfolg bei Betriebsratswahl am Jüdischen Krankenhaus

Korrespondenz. Auch bei uns im Jüdischen Krankenhaus, einem kleinen Krankenhaus in Westberlin, fanden Mitte April Betriebsratswahlen statt. Erstmals gab es eine Gruppe von Kollegen, die mit einem eigenen Programm gegen den alten Betriebsrat kandidierte.

Das Programm war mit weiteren Kollegen erstellt und diskutiert worden. Es enthält einige der betrieblichen Forderungen, nimmt kurz Stellung zur reaktionären Rolle von BVG und Gewerkschaftsapparat und folgert daraus, daß der selbständige Kampf der Kollegen um die eigenen Rechte und Interessen das entscheidende ist und wie hilfreich ein Betriebsrat in diesem Kampf ist, wenn er sich kompromißlos auf die Seite der Kollegen stellt.

Unser kleines Programm wurde mit großem Interesse und zum Teil auch mit großer Freude aufgenommen. Die Reaktionäre in Verwaltung, altem Betriebsrat und Ärzteschaft „sahen rot", hetzten und verbreiteten Gerüchte. **Aber wie überall konnten die Reaktionäre mit ihrem Gezeter auch bei uns nur das gerade Gegenteil erreichen: drei der vier Kandidaten wurden in den Betriebsrat gewählt. Sie erhielten 50 bzw. 60 Prozent der abgegebenen Stimmen! Sie waren die einzigen, die jeweils über 100 Stimmen auf sich vereinigen konnten (Persönlichkeitswahl).** Die Stimmung nach der Wahl war prima. Viele kamen den neuen Betriebsräten gratulieren, auch ganz stille Kollegen, bei denen man überhaupt nicht ein solches Interesse vermutet hätte. Die Reaktionäre dagegen „begrüßten" den Ausgang der Wahl mit Bemerkungen wie: „Ab jetzt werden wir jeden Morgen antreten müssen, um die Internationale zu singen" usw.

Den Erfolg bei der Wahl haben wir auch der aktiven Unterstützung vieler Kollegen zu verdanken. Einige gingen mit dem Programm über die Stationen und diskutierten es mit den anderen. Sie sorgten dafür, daß das Wählen nicht vergessen wurde. Denn auf manchen Stationen waren die Bekanntmachungen zur Wahl erst gar nicht aufgehängt oder wieder entfernt worden. So wurde auf einer Station am Vorabend der Wahl ein großes Plakat gemalt, um an die Wahl zu erinnern. Die Wahlbeteiligung war dann auch mit 70 Prozent sehr hoch.

Wenn wir auch in Zukunft zusammenstehen, uns auf die eigenen Kräfte verlassen und uns nicht von Krankenhausleitung und Staat spalten oder einschüchtern lassen, werden wir sicher unsere Forderungen nach einer besseren Gesundheitsversorgung und nach mehr und besseren Arbeitsplätzen durchsetzen können.

Meldungen aus den Betrieben

Moderner Sklavenhandel

Immer mehr Kapitalisten gehen dazu über, einen Teil der Belegschaft nicht selbst, sondern auf dem Umweg über sogenannte Verleihfirmen einzustellen. 815 solcher modernen Sklavenhandelsfirmen soll es mittlerweile in der Bundesrepublik geben (wobei die Dunkelziffer noch höher liegen dürfte). Allein 100 von ihnen sind im letzten Jahr gegründet worden!

Ein Unternehmer brachte es jetzt gegenüber der „Süddeutschen Zeitung" die „Vorteile" dieser „Leiharbeiter" für die Kapitalisten auf einen kurzen Nenner: „Man kann sie von einem Tag auf den anderen nach Hause schicken, ohne das lange begründen zu müssen"!!!

So wird mit allen Mitteln versucht, den Arbeitern angesichts der bestehenden Wirtschaftskrise selbst die allerminimalsten Rechte zu rauben!

Entlassungen

Allein in der Chemiefaserindustrie (Hoechst, Bayer, Enka Glanzstoff usw.) sind in den letzten drei Jahren 10.000 Beschäftigte entlassen worden. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten sank von 46.000 (1975) auf 36.000 (1978). ● In der bayrischen Textilindustrie wurden 1977 rund 2.000 Arbeitsplätze vernichtet. Der Umsatz stieg im gleichen Zeitraum um 6,6 Prozent! ● Die SEL-Kapitalisten wollen ihr Werk in Rastatt schließen! Damit werden 900 Arbeiter und Angestellte ihren Arbeitsplatz verlieren. Schon heute steht fest, daß die meisten von ihnen in Rastatt keinen Arbeitsplatz mehr finden werden. Denn bereits jetzt hat Rastatt die höchste Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg.

Tarifverhandlungen bei HBV gescheitert

Die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des Einzelhandels in NRW wurden für gescheitert erklärt. Das „Angebot" der Kaufhaus-Bosse lag noch unter fünf Prozent! Das ist eine besondere Provokation angesichts der Tatsache, daß die Löhne und Gehälter im Einzelhandel extrem niedrig sind. Die HBV-Bonzen tönen jetzt, die Beschäftigten dürften auf keinen Fall mit Almosen abgespeist werden! Aber davon dürfen sich die Arbeiter und Angestellten des Einzelhandels nicht täuschen lassen. Denn die Erfahrungen aus den letzten Tarifrunden haben gezeigt, daß es gerade ein solcher „Almosen-Beschluß" ist, den die Gewerkschaftsbonzen mit den Unternehmern aushandeln wollen. ● Gescheitert sind auch die Tarifverhandlungen für die Versicherungsangestellten. Das letzte „Angebot" der Versicherungskapitalisten lautete 4,3 Prozent. Die Forderung der HBV war sieben Prozent.

Unverblümt

Unverblümt tat Norbert Blüm, Vorsitzender der „Christlichdemokratischen Arbeitnehmerschaft" jetzt seine Ansichten über das „Recht auf Arbeit" kund. Blüm in der „Welt am Sonntag": „Wir haben doch auch das Recht auf freie Berufswahl, auf Eigentum oder Würde des Menschen — sind diese Rechte stets garantierbar? Das haben Grundrechte eben so an sich, daß sie nicht in jedem Fall (!) einklagbare Besitzstände garantieren... So verstehe ich auch das Recht auf Arbeit." Das Recht auf Arbeit — „nicht in jedem Fall einklagbar"! Geht es noch zynischer angesichts von über einer Million Arbeitslosen?

GEGEN REAKTION

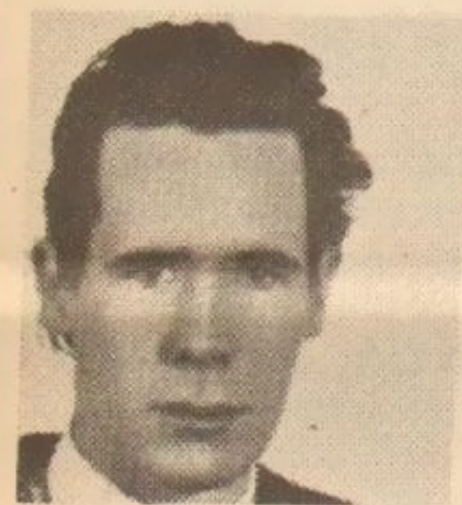
Grohnde-Prozesse gehen weiter

Hannover. Am 18. Mai beginnt vor dem Landgericht Hannover der Prozeß gegen den GenOssen Klaus-Werner Hahn. Klaus-Werner Hahn hat an der Demonstration gegen das Atomkraftwerk Grohnde teilgenommen. Wie bei den anderen gestgenommenen Demonstranten lautet die Anklage auf schweren Landfriedensbruch, versuchte gefährliche Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Die bisherigen Urteile gegen drei Grohnde-Demonstranten zeigen, daß die Justiz Exempel statuieren will, um die ganze AKW-Bewegung einzuschüchtern. Jerry aus Hameln erhielt 13 Monate Gefängnis ohne Bewährung, der Student Andreas aus Göttingen zwölf Monate Gefängnis ohne Bewährung und der Demonstrant Christian aus Hannover elf Monate ohne Bewährung. Kämpft für die Freiheit aller Grohnde-Demonstranten! Kommt zum Prozeß gegen Klaus-Werner Hahn! Landgericht Hannover, Hamburger Allee, Sonderstrafkammer 3 a, am 18., 22., 25., 29. Mai und am 1. Juni, jeweils um 9 Uhr.

Brief des Genossen François

Liebe Genossen,

am 3. Mai habe ich nach vielen Monaten Kampf gegen meine Ausweisung Deutschland verlassen müssen...Am 29. April erreichte mich ein Schreiben des ersten Bürgermeisters der Stadt Tübingen, Kroymann, in dem ich aufgefordert wurde, Deutschland bis zum 3. Mai, d. h. innerhalb von 4 Tagen zu verlassen. Ansonsten würde ich mit Gewalt abgesehoben werden...



Genosse François de Blois

Innerhalb der wenigen Tage, die uns verblieben sind, haben wir versucht, die Ausweisung bekannt zu machen und dagegen zu mobilisieren. Auf der 1.-Mai-Veranstaltung der Partei in Stuttgart konnte ich eine Rede halten...Zum Schluß der Rede sagte ich: „Es mag sein, daß ich heute am 1. Mai zum letzten Mal zusammen mit Euch kämpfen kann. Ihr werdet aber weiterhin für die Revolution kämpfen, und ich werde, wo ich auch immer auf der Welt bin, Euren Kampf unterstützen. Und ich bin sicher, daß wir uns eines Tages in einem besseren Deutschland wiedersehen werden."

Am 2. Mai wurde die Ausweisung durch eine Wandzeitung in Tübingen bekannt. Am Nachmittag zogen wir mit etwa 15 Menschen zu Bürgermeister Kroymann. Er empfing uns im Sitzungssaal des Rathauses und bestätigte, daß es vollkommen in seinem eigenen Ermessen steht, den Termin für meine Ausreise festzulegen. Trotzdem weigerte er sich, die Frist zu verlängern. Ich sollte vielmehr dankbar sein, daß er mich nicht gleich nach Verkündung des Urteils abholen ließ. Nach dem Empfang bei Kroymann gingen wir zu der als „liberal" geltenden Lokalzeitung „Schwäbisches Tageblatt". Redakteur Schäfer sagte anfangs, daß er es unschön fände, daß man mich so kurzfristig ausweist. Nach einem Anruf bei Kroymann änderte er aber schnell seine Meinung und sagte, es bestünde kein öffentliches Interesse an der Berichterstattung über den Fall.

Am gleichen Abend verabschiedete die Studentenvollversammlung einstimmig eine Protestresolution. Etwa 35 Studenten gingen am 3. Mai nochmals zu Kroymann, um die Resolution zu überreichen. An diesem Tag war Kroymann noch unverschämter und ließ üble Beschimpfungen gegen mich los.

Am Schluß dieses Briefes möchte ich allen Genossen und Freunden, die mich während meiner Verhaftung und während des Kampfes gegen die Ausweisung unterstützt haben, danken. Ihnen allen wünsche ich viele Erfolge im Kampf für die Sache der deutschen Arbeiterklasse.

Rotfront! Francois

Protest gegen Berufsverbote

Hamburg. 72 Lehrer-Kollegen auf einer GEW-Veranstaltung haben in einem Brief an den Hamburger Schulsenator Apel gegen verschiedene Berufsverbotsverfahren protestiert. „Zur gleichen Zeit, in der die SPD öffentlich die Praxis des Radikalenerlasses scheinbar kritisiert, wird die Entlassung von Sabine Dege, Lehrerin an der Schule Stübenhofer Weg und SKK-Sprecherin beim Personalrat beantragt, begründet mit ‚mangelnder Dienstloyalität' und ‚Zweifeln an ihrer Verfassungstreue'; wird mit einer Anhörung das Berufsverbot von Jutta Klaß, Lehrerin an der Schule Möllner Landstraße, eingeleitet, begründet mit angeblichen ‚Aktivitäten für die KPD/ML' durch den Besuch mehrerer Veranstaltungen; wird gegen acht Kollegen, deren Verbeamtung auf Lebenszeit ansteht, wegen ‚Zweifeln an ihrer Verfassungstreue' ermittelt. Diese verschärfte Anwendung des Radikalenerlasses in den letzten Monaten reiht sich ein in die zunehmende politische Unterdrückung im Öffentlichen Dienst."

Hubschrauber jagen Autos

MANNHEIM

An der B 44 in Sandhofen trainierte die Polizei „Sprungfahndung": Aus einem Hubschrauber springen zehn Polizisten und beginnen bewaffnet eine Ver-



kehrskontrolle auf der vielbefahrenen Ausfallstraße. Bei größeren Razzien soll jetzt immer ein Hubschrauber dabei sein. Durchbricht ein Fahrzeug, aus welchen Gründen auch immer, die Polizeisperre, so soll der Hubschrauber dem Flüchtigen den Weg abschneiden. Schüsse sind dann sicher auch vorgesehen!

Arbeitsrichter mit Nazi-Vergangenheit

Der Präsident des Landesarbeitsgerichts in Frankfurt, Hans-Gustav Joachim, hat, wie kürzlich bekannt wurde, im Jahre 1938 eine Doktorarbeit geschrieben, die den nationasozialistischen Rassismus propagierte. Bezeichnend ist die Reaktion des hessischen Sozialministers auf diese Enthüllung über seinen SPD-Parteifreund. Er erklärte, ein „Dienstvergehen liege nicht vor. Dr. Joachims hat nie die Existenz der Doktorarbeit verschwiegen. Eine Pflicht zur Offenlegung ihres Inhalts hat nicht bestanden. Dieser Inhalt hätte ohnehin nur bei der Einstellung eine Rolle spielen können..." Typisch ist, daß dieser Inhalt 1945 keine Rolle gespielt hat, denn Joachims hat, wie der Bezirksvorstand der SPD Hessen-Süd erklärte, „sich seit 1945 als Verfechter des demokratisch-sozialen Rechtsstaates bewährt".

Sieben Monate Gefängnis für eine gestohlene Tanne

München. Fünf Monate saß der Maurer Fritz E. bereits in Untersuchungshaft. Als er jetzt vor Gericht stand, verurteilte ihn die Klassenjustiz zu sieben Monaten Gefängnis, weil er im betrunkenen Zustand eine Tanne im Wert von 35 Mark vom Gelände der Großmarkthalle gestohlen und sie zwei Zivilpolizisten zum Verkauf angeboten haben soll! Der Maurer galt als „vorbestraft": Er hatte 1974 eine Steige Äpfel im Wert von 25 Mark mitgenommen — sechs Monate Gefängnis! Seine zweite Strafe war sieben Monate Gefängnis für den Diebstahl von zwei Steigen Salat — Verkaufswert 20 Mark. Hätte der Maurer Fritz E. während des Dritten Reiches Menschen im KZ ermordet, wäre ihm in diesem Staat die „Bewährung" sicher gewesen!

Nazi-Provokation in Singen

Dem Arbeiter gehört der 1. Mai!

Die Rotgardisten aus Radolfzell berichten: Wir erfuhren etwa zwei Wochen vor dem 1. Mai von dieser Provokation. Wie ein Lauffeuer breitete sich diese Nachricht in Betrieben, Schulen und Jugendkneipen aus. Für uns war natürlich klar, daß diese Provokation nicht so einfach hingenommen werden konnte. Wir gaben sofort ein Flugblatt heraus, das zu einem Treff einlud, auf dem wir besprechen wollten, was zu tun war. Das Flugblatt wurde an Schulen und Betrieben von Radolfzell und Singen verteilt.

Der Treff war dann ein recht guter Erfolg. Etwa 45 Personen waren gekommen. Wir machten den Vorschlag, ein Komitee gegen Reaktion und Faschismus zu gründen, zu einer Demonstration und Gegenkundgebung aufzurufen und die Nazi-Kundgebung mit allen Mitteln zu verhindern. Unser Vorschlag setzte sich nach langer und heißer Diskussion durch. Einige Jusos und KABDler verließen daraufhin den Saal. Auf diesem Treff wurde dann ein Flugblatt verfaßt, das zu einer Kundgebung am 1. Mai vor dem Rathaus aufrief. Es wurde in Singen, Radolfzell, Friedrichshafen und Konstanz verteilt.

Um noch genaueres über die Demonstration der Faschisten herauszukriegen, besuchten zwei Rotgardisten den Nazi-Chef in Singen. Wir erzählten ihm, daß wir für die Schule ein Referat über die NPD halten sollten. Er gab uns natürlich gleich darauf das Programm der NPD und andere faschistische Schriften. Als wir schon wieder gehen wollten, rief er uns noch einmal zurück — und lud uns zur 1.-Mai-Kundgebung der NPD ein. Und jetzt packte er aus. Er erzählte, wann und wo die Demonstration stattfinden würde. Daß er bis zu 200 Faschisten erwarten würde. Außerdem erzählte er uns, daß er in der Südstadt von Singen eine Nachtbar („Venus Bar") besitze, die gleichzeitig als Parteibüro dient. Hocherfreut und mit der Beteuerung, daß wir am 1. Mai auch wirklich an dem Platz sein würden, gingen wir dann.

Am Samstag stand in der Zeitung, die Demonstration der NPD sei vom Oberbürgermeister verboten worden, angeblich um Krawall zu vermeiden. Viele, die zuerst mit auf die Gegendemonstration gehen wollten, meinten jetzt, daß es sich nun nicht lohnen würde. Wir versuchten natürlich trotzdem, soviel Leute wie möglich nach Singen zu mobilisieren. Denn wir waren uns sicher, daß die Faschistendemonstration doch noch erlaubt werden würde. Und so war es auch. Das Oberlandesgericht Freiburg sprach eine einstweilige Verfügung aus. Dies erfuhren wir aber erst am Abend vor dem 1. Mai. Viele, die mitgekommen wären, konnten wir so nicht mehr erreichen. Trotzdem war die Gegendemonstration ein Erfolg.

Wir waren etwa 150 Demonstranten, davon waren über die Hälfte unorganisierte Jugendliche. So beteiligte sich zum Beispiel eine Jugendkneipe fast geschlossen an der Demonstration. Uns stand ein jämmerliches Häufchen von 38 Faschisten gegenüber! Die Faschistenkundgebung begann um 9.30 Uhr. Um 9 Uhr hatte die VVN zu einer Kundgebung aufgerufen, auf der auch noch der DGB-Kreisvorsitzende sprach. Kurz bevor die Faschisten mit ihrer Kundgebung begannen, rief die VVN allerdings dazu auf, die Kundgebung abzubrechen und sich an der DGB-Kundgebung auf dem Hohentwiel, 2 km weiter weg, zu beteiligen. Danach gingen sie. Insgesamt aber verließen höchstens 15 Mann die Kundgebung.

Danach setzte sich der Demonstrationszug der Faschisten in Bewegung. Die Faschisten wurden von etwa 500 Polizisten geschützt. Trotzdem „fiel" ein Faschist, der uns provozierte, auf den Boden. Seine schöne Deutschlandfahne und seine Hose ging in Fetzen. Jetzt wird gegen einen Antifaschisten wegen dieser Sache ermittelt. Von den Hetztiraden der NPD war nicht viel zu verstehen. Sie wurden übertönt von Parolen: „Tod dem Faschismus, Freiheit dem Volk!" und „Die Straße frei, dem Arbeiter gehört der 1. Mai!"



Ein großes Polizeiaufgebot schützt die Faschisten

Am Nachmittag des 1. Mai fand dann noch eine Feier des Komitees gegen Reaktion und Faschismus statt. Auf ihr sprach ein älterer Genosse über den 1. Mai während des Hitlerfaschismus. Außerdem trat ein AP-Trupp der Partei auf. Die Stimmung war unheimlich gut, und wir sangen noch viele gesellige Lieder. Das Komitee wird auf jeden Fall in Singen und Radolfzell weiterarbeiten.

Polizeiterror gegen Jugendliche

„...sonst knall ich dich ab!"

Dieser Polizeieinsatz hat sich am 23. April in Hausberg in der Nähe von Minden abgespielt. Ein Vorfall, wie er häufig vorkommt. Tagtäglich. Polizeiterror gegen Jugendliche, gegen Werktätige, gegen die Bevölkerung. Die Rote Garde in Minden hat die betroffenen Jugendlichen aufgesucht. Sie sind empört über den Terror-Einsatz der Polizei. Hier der Bericht von einigen Betroffenen und Zeugen.

Wir kamen etwa um 15.30 Uhr vor der Porta-Diskothek an. Wir sahen, wie drei Polizisten versuchten, einen Jugendlichen mit brutalen und unmenschlichen Methoden in einen Einsatzwagen zu bringen. Dieser Jugendliche wehrte sich zuerst und sagte immer wieder, man solle doch den Vorfall zuerst klären. Daraufhin erwiderte ein Polizist, er solle doch erstmal seinen Personalausweis vorzeigen. Der Jugendliche wollte ihn ihm auch geben, er kam jedoch nicht dazu, weil die anderen beiden Polizisten immer wieder auf ihn einschlugen. Da schrie der Jugendliche: „Laßt mich doch zufrieden, ich will euch doch meine Personalien angeben!" Doch die Polizisten schlugen weiter erbarmungslos auf den Jugendlichen ein.

Durch diese Reaktion waren die etwa 100 umstehenden Bürger sehr erbost und kritisierten laut die Methoden der Polizei. Gleichzeitig ging ein schwerbehinderter Bürger auf die Polizisten zu und bat sie, den Jugendlichen doch anders zu behandeln, da dieser sich doch nicht wehren könne und gewillt war, seinen Personalausweis zu zeigen. Die Polizisten reagierten aggressiv und beleidigend: „Du alter Schnösel! Sieh zu, daß du abhaust." Sie schubsten ihn zurück, worauf der schwerbehinderte Bürger die Dienstnummer der Polizisten verlangte. Er wurde jedoch erneut brutal zurückgestoßen.

Dann wurde von einem weiteren Jugendlichen verlangt, eine heruntergefallene Dienstmütze aufzuheben. Dieser weigerte sich, drehte sich um und ging. Daraufhin trat der Polizist den Jugendlichen und versetzte ihm in dem Moment, in dem er sich umdrehte, einen Faustschlag ins Gesicht. Er ergriff ihn und versuchte, ihn in den Polizeiwagen zu zerren. Als der Jugendliche versuchte, sich loszureißen, zog der Polizist seine Dienstwaffe und schlug mit dem Lauf der Waffe (Finger am Abzug) dem Jugendlichen auf den Hinterkopf, obwohl dieser sich nicht wehrte.

Ein anderer Jugendlicher, der dieses nicht mehr mit ansehen konnte, ging zu dem Polizeibeamten und bat ihn höflich, die Waffe wegzustecken, es seien doch schon genug unschuldige Personen in der BRD erschossen worden. Er wurde von dem Polizeibeamten schroff zurückgewiesen: „Hau ab, du Schwein, sonst knall ich dich ab."

Zur gleichen Zeit wurden auf der anderen Straßenseite zwei etwa 15-jährige Mädchen, die auch auf einen Polizeibeamten eingeredet hatten, doch nicht so brutal zu sein, mit Gummiknüppeln immer wieder ins Gesicht geschlagen.

In der Zwischenzeit kamen mehrere Streifenwagen zur Verstärkung. Der schwerbehinderte Bürger, der nach den Dienstnummern gefragt hatte, wurde von einem in Zivil anwesenden Polizeibeamten verwiesen, er möge doch das Ende des Einsatzes abwarten. Durch die herbeigerufene Verstärkung wurde in kurzer Zeit „Ruhe und Ordnung" geschaffen. Als dann der behinderte Bürger zu einem Streifenwagen ging und die Dienstnummer des einen Polizisten erfahren wollte, wurde er von zwei herbeigeeilten Polizisten weggezerrt und auf einen Streifenwagen geschmissen. Die Polizisten fuhren, ohne ihrer Pflicht (Erkenntlichmachung ihrer Dienstnummer) nachzukommen, vom Einsatzort fort.

Aber damit nicht genug. Beim Verhör der Jugendlichen in der Polizeidienststelle Hausberge wurden diese noch einmal zusammengeschlagen. Dem einen Jugendlichen drohte man sogar an, ihn die Kellertreppe herunterzuschmeißen und ihn dann zu erschießen. Nach dem anderthalbstündigen Verhör hatten die Polizisten es noch nicht einmal nötig, die Jugendlichen ins Krankenhaus zu bringen, obwohl diese beim Verhör mehrmals verlangten, einen Arzt zu bekommen.

Der Jugendliche, der mit der Pistole brutal niedergeschlagen wurde, und ein Mädchen, das mit Gummiknüppeln geschlagen wurde, liegen noch heute im Krankenhaus.

UND FASCHISMUS!

Antifaschistenprozeß Hamburg

Antifaschisten wie Schwerverbrecher behandelt

Schwerbewaffnete Polizisten waren vor dem Strafjustizgebäude am Hamburger Sievekingplatz aufgezogen. Hier begann am letzten Montag der Prozeß gegen neun Antifaschisten, denen die Beteiligung an einer Aktion gegen ein internationales Faschistentreffen vorgeworfen wird. Verhandelt wird im sogenannten Staatsschutzsaal 237. Er liegt in einem abgesonderten Trakt des Gebäudes. Zu erreichen nur durch einen mit einer Stahltür abgesicherten Nebeneingang.

Hier bildet sich am Montag Morgen eine Traube von Menschen. Fast 70 sind gekommen, um am diesem ersten Verhandlungstag ihre Solidarität mit den angeklagten Antifaschisten zu bekunden. Und sie alle, ebenso wie die Angeklagten, müssen sich hier einer entwürdigenden Kontrolle unterziehen. Vor den Läufen von Maschinenpistolen werden sie gezwungen, ihre Taschen vollständig auszuleeren. Ob Kugelschreiber, Schlüssel, Kämme oder Äpfel, alles wird ihnen abgenommen. Dann eine Körperkontrolle, bei der einige sogar ihre Schuhe ausziehen müssen. Und schließlich werden die Ausweise eingesammelt und fotokopiert. So lange wird diese Prozedur hingezogen, daß es fast zwei Stunden dauert, bis alle Besucher die Kontrollen passiert haben.

Die Absicht ist klar: hier sollen durch die Eröffnung des Verfahrens vor dem Landgericht — normalerweise zuständig für Mörder und andere Schwerverbrecher — und mit der Bestimmung des Staatsschutzsaals als Verhandlungsort die angeklagten Antifaschisten von vornherein als gefährliche Kriminelle abgestempelt werden. Und alle diejenigen, die diesen Prozeß besuchen wollen, sollen durch die Kontrollen, durch die unverschämte Registrierung ihrer Personalien massiv abgeschreckt werden.

Hinter der Stahltür, auf den Treppen und Gängen des Traktes wieder Polizisten. Und in den Räumen neben dem Verhandlungssaal selbst sind Eingreif-Reserven in voller Kampfausrüstung postiert. Der Saal 237 ist erst 1975 für 350.000 Mark umgebaut worden. Türen wurden zugemauert, dafür ein eigener Eingang für die Prozeßteilnehmer in die Wand gebrochen. Sie sind im Saal selbst durch eine riesige Glastrennscheibe, die sich durch den ganzen Raum zieht, von den Zuhörern getrennt.

Unter diesen Bedingungen wird gegen die Antifaschisten verhandelt. Dort aber, wo wirkliche Verbrecher vor Gericht stehen, wie die faschistischen Massenmörder im Maidanek-Prozeß, gibt es keine MPs, keine Kontrollen und keine Trennwand. Dort herrschen normale Prozeßbedingungen. Die Antifaschisten eröffnen ihren Kampf vor diesem Gericht der Klassenjustiz mit einem Antrag, den Prozeß auszusetzen. Denn es ist, so erklären sie, eine unerträgliche Provokation, daß ihnen ausgerechnet am 8. Mai, am Tag des Sieges über den Hitlerfaschismus, hier wegen ihrer antifaschistischen Gesinnung der Prozeß gemacht werden soll. Richter Schmidt stellt sich dumm. Es sei ihm ganz entgangen, was für ein Tag heute sei. Dann sagte dieser Herr einen Satz, der mit einem Schlag die reaktionäre Gesinnung dieses Gerichts bloßstellt: „Man muß ja auch mal vergessen können".

So möchten es die Herren: das deutsche Volk soll die barbarischen Verbrechen der Faschisten vergessen, soll vergessen, daß die führenden Vertreter dieses Bonner Staates wie etwa der Ex-Nazi-Staatsanwalt Filbinger an diesen Verbrechen beteiligt waren. Die Werktätigen sollen die Augen verschließen vor der Tatsache, daß dieser Staat immer deutlicher Kurs nimmt auf ein neues 33, daß er die alten Nazis wie auch die neuen Faschisten-Banden nach allen Kräften fördert und stützt. Das ist eben das „Verbrechen" der angeklagten Genossen, daß sie nicht vergessen wollen, daß sie sich offen zum Kampf gegen Reaktion und Faschismus bekennen.

Die Provokation des Herrn Schmidt löst bei den Angeklagten, den Zuschauern und den Anwälten Empörung aus. Ebenso seine unverschämte Begründung für die Wahl des Staatsschutzsaals für den Prozeß: das sei der größte Saal und man habe ihn im Interesse einer breiten Öffentlichkeit genommen. Die Angeklagten und ihre Anwälte jedoch können diesen Herrn sofort der Lüge überführen. Es gibt noch zwei Plenarräume, die leer stehen und ebenso groß sind. Die Anträge der Antifaschisten auf Aussetzung und Umzug in einen anderen Saal werden abgeschmettert.



Acht der neun angeklagten Antifaschisten vor dem Gerichtsgebäude

Zweiter Verhandlungstag. Das Gericht erscheint. Schmidt fordert die Zuschauer auf, sich zu erheben. Ein älterer Kollege bleibt sitzen. Schmidt: „Nun stehen Sie schon auf!" Der Kollege: „Ich kann nicht, ich bin krank". Schmidt: „Stehen Sie auf. Wenn Sie krank sind, brauchen Sie hier nicht zu erscheinen". Der Genosse Uwe protestierte gegen den Polizeiterror. Bewaffnete Polizisten wollen seine Prozeßunterlagen durchsuchen. Als er sich weigert, wird er mit der Maschinenpistole bedroht. Unter diesen Bedingungen des Terrors und der Provokationen wird ein Befangenheitsantrag gestellt.

Die Verhandlung wird unterbrochen. Als die in Bereitschaft gehaltenen, schwerbewaffneten Polizeieinheiten aus dem Gebäude strömen, hören Genossen einen Polizisten sagen: „Das haben wir den Anwälten zu verdanken, daß wir früher nach Hause können. Die haben einen Antrag auf Ablehnung gestellt". Wieder ist eine der hartnäckigen Lügen des Gerichts eindeutig entlarvt. Die Lüge nämlich, daß dieses Gericht mit dem Polizeieinsatz, den unverschämten Kontrollen usw. nichts zu tun hat. In der Vergangenheit sind bei sogenannten Terroristenprozessen solche Maßnahmen begründet worden mit der Gefährdung der öffentlichen Ordnung, die von bestimmten Angeklagten ausginge. Mit dem Hamburger Prozeß werden zum ersten Mal solche Terrormaßnahmen auch gegen Antifaschisten bzw. Werktätige, die der Teilnahme an militanten Demonstrationen beschuldigt werden, angewandt. Und um diesen ungeheuren Angriff zu verschleiern, windet und wendet sich das Gericht, sucht immer neue fadenscheinige Begründungen für diese Terrormaßnahmen, streitet die Verantwortung ab usw. Bloß, um nicht zugeben zu müssen: All das ist begründet einzig und allein in der Gesinnung der Angeklagten.

Dritter Verhandlungstag. Ein Erfolg ist zu verbuchen. Einem Antrag von zwei Zuschauerinnen, die Kontrolle und Ablichtung der Personalausweise auszusetzen, mußte vom Verwaltungsgericht stattgegeben werden. Aber nach wie vor wird praktisch vor den Läufen von Maschinenpistolen verhandelt. Und der Antrag auf Befangenheit wird abgelehnt. Jetzt stellen die Antifaschisten den Antrag, daß ein anderer Sitzungssaal bestimmt wird, weil nach der Aussetzung der Personalkontrollen noch einmal klar geworden ist, daß keine „Sicherheits"-Gründe angeführt werden können. Wieder windet sich das Gericht. Noch einmal wird der Antrag gestellt, der Beweis geführt, daß andere Räume zur Verfügung stehen. Und ein drittes Mal kommt der Antrag, bis das Gericht — in die Ecke gedrängt — schließlich erklärt: Das sind polizeirechtliche Maßnahmen. Es wird keine Begründung gegeben.

Damit sind alle Lügengebäude zusammengebrochen. Das Gericht gesteht indirekt ein: der Staatsschutzsaal ist wegen der Gesinnung der Antifaschisten angeordnet worden. Zwei der angeklagten Genossen geben Erklärungen ab, in denen sie die Provokationen von Schmidt zurückweisen, in denen sie klar stellen, daß sie so wie alle Antifaschisten niemals vergessen, sondern entschieden den Kampf gegen Reaktion und Faschismus führen werden. Durch langen Beifall bringen die Zuhörer ihre kämpferische Unterstützung für die angeklagten Antifaschisten zum Ausdruck.

An diesem Tag kamen 20 Menschen zu einem Treffen der Front gegen Reaktion und Faschismus. Es wurde ein Bericht über den bisherigen Prozeßverlauf gegeben und über Solidaritätsaktionen beraten. Unter anderem wurden die Durchführung einer Demonstration und die Herstellung eines Plakates vorgeschlagen. Auch über zwei weitere Erfolge bei der Unterstützung der angeklagten Antifaschisten konnte berichtet werden: In der Maschinenfabrik Still-Esslingen wurden 19 Mark gesammelt. Die Fachschaft Kunst und Germanistik der Universität hat 200 Unterschriften gegen den Prozeß gesammelt. Die erste Nummer eines Informationsblattes, das die Front gegen Reaktion und Faschismus zum Prozeß herausgibt, wurde von den Teilnehmern des Treffens geheftet. In diesen Tagen wird es in Betrieben und Stadtteilen an interessierte Kollegen verteilt.

Die Treffen der Front gegen Reaktion und Faschismus finden jeden Mittwoch um 19 Uhr in der Gaststätte „Jarrestadt", Barmbeck, Jarrestraße statt. Die nächsten Prozeßtermine sind: 18., 23., 25., 29. Mai, 5., 7., 9., 13., 15., 19., 21., 23., 27. und 29. Juni, jeweils 9 Uhr im Strafjustizgebäude am Sievekingplatz 3, erster Stock, Saal 237.

6 Jahre nach dem Roten Antikriegstag 72

Erneut Gefängnisurteil gegen Antimilitaristen

Sechs Jahre nach dem Roten Antikriegstag 1972 in München wurde Dieter Vogelmann zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. In der Verhandlung, die am 11. 5. in München stattfand, ging es nur noch um diese Gefängnisstrafe. Das eigentliche Urteil war schon vorher gesprochen worden. Einzig und allein auf Grund von Photos, zu denen selbst der damalige Sachverständige erklären mußte, es könnte Dieter Vogelmann sein, es könnte aber auch jeder andere sein...

Damals verurteilte das Gericht Dieter Vogelmann wegen schwerem Landfriedensbruch und schwerem Widerstand gegen die Staatsgewalt zu einem Jahr Gefängnis mit Bewährung. Dagegen legte der Staatsanwalt Revision ein und das Oberbayrische Landesgericht gab dieser Revision statt. Begründung: Die Strafaussetzung zur Bewährung störe das „Rechtsempfinden" der Bürger. Eine Argumentation, die der Staatsanwalt in der Verhandlung am 11. 5. Aufgriff und mit zwei nicht minder verlogenen und unverschämten Begründungen ergänzte: In den bisherigen Verfahren im Zusammenhang mit dem Roten Antikriegstag seien alle Angeklagten bis auf einen entsprechend abgeurteilt worden und deshalb sei das aus Gründen der „Gleichbehandlung der Täter" auch hier notwendig. Außerdem müsse, da es seit 1972 immer mehr solcher gewaltsamer Demonstrationen gegeben habe, ein Urteil gefällt werden, das abschreckend wirke...

Dieter Vogelmann ging in seinem Schlußwort auf das Plädoyer des Staatsanwaltes ein und entlarvte insbesondere das Gerede vom „Rechtsempfinden" der Bürger, mit dem hier seine Verurteilung betrieben werden sollte. Denn was das Rechtsempfinden und der Gerechtigkeitssinn der Werktätigen wirklich fordern, das hatte er selbst erlebt. **Über 90 Prozent der Kollegen der Abteilung, in der er arbeitet, hatten mit ihrer Unterschrift gegen seine Verurteilung protestiert!** Aber die Meinung der Arbeiter interessierte natürlich das Gericht nicht. Es entsprach mit seinem Urteil — ein Jahr ohne Bewährung — dem Antrag des Staatsanwalts und den Interessen der Bourgeoisie.

Was das Gericht vom Volk hält, zeigte sich im übrigen auch bei den Schikanen, denen die Zuschauer ausgesetzt waren. Sie mußten Blumen, die sie für den Angeklagten ausgebracht hatten, außerhalb des Gerichtsaales liegenlassen — das Gericht: Das störe die sachliche Atmosphäre der Verhandlung. Sie mußten ihre Schirme abgeben — das Gericht: Sie könnten als Wurfgeschosse benutzt werden — und ihre Taschen durchsuchen lassen. Außerdem standen während der gesamten Verhandlung eine Gruppe von Polizisten vor der Tür des Zuschauersaals, weitere Polizisten in Uniform und in Zivil saßen auf den Zuschauerbänken.

Kieler Antifaschistenprozeß:

Zeugen als aktive Faschisten entlarvt

8. Mai — zweiter Verhandlungstag in der Berufungsverhandlung des Kieler Antifaschisten-Prozesses. Der 8. Mai ist der Jahrestag der Zerschlagung des Hitler-Faschismus. Die angeklagten Antifaschisten stellen einen Antrag auf Einstellung des Verfahrens, bei dem sie sich unter anderem auf die eindeutigen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens berufen. Für das Gericht jedoch ist dieser Antrag „offensichtlich unbegründet". Er wird abgeschmettert.

Offensichtlich aber ist etwas ganz anderes: dieses Gericht will die vier angeklagten Antifaschisten zu noch höheren Strafen als in der ersten Instanz verurteilen. Damals wurden gegen Dietrich und Ewald je sechs Monate ohne, gegen Egon und Wilfried je vier Monate mit Bewährung ausgesprochen. Die angeklagten Genossen und ihre Anwälte gehen in die Offensive. Sie können beweisen, daß alle gegen sie aufgebotenen Zeugen Mitglieder faschistischer Organisationen von der NPD über sogenannte Wehrsportgruppen bis hin zur NSDAP sind. Ein Beispiel: stud. jur. Thomas Lange — an der Kieler Uni als Spitzel bekannt —, der wie seine Kumpane beredt leugnet, irgendwie organisiert zu sein. Ihm wird das Titelfoto der in Österreich illegal erscheinenden faschistischen Zeitschrift „Sieg" vorgehalten, das eindeutig seine Beteiligung an der „Wehrsportgruppe Wiking" beweist.

Die Genossen stellen Beweisanträge zu den Nazi-Zeugen, so, daß der NPD-Mann Koetter 1974 mit einer Stahlrute gegen Antifaschisten vorgegangen ist, daß der Ex-Landesvorsitzende der NPD-Jugendorganisation, Stolp, ebenfalls als Schläger hervorgetreten ist, daß der Zeuge Bernberg nachweislich Mitglied der verbotenen NSDAP war usw. All diese Beweisanträge müssen vom Gericht als wahr unterstellt werden. Ebenso die Tatsache, daß sich die Faschisten in der ersten Instanz abgesprochen hatten, um willkürlich Angeklagte und Zuschauer als Teilnehmer an der antifaschistischen Aktion zu denunzieren, die in diesem Prozeß verhandelt wird.

So konnten die Zeugen des Staatsanwalts als völlig unglaubwürdig entlarvt werden, einige sogar der Falschaussage vor Gericht überführt werden. Es ist bezeichnend, daß trotz dieser Tatsachen, trotz der erwiesenen Mitgliedschaft in verbotenen Organisationen, gegen die betreffenden faschistischen Banditen kein Verfahren eingeleitet wurde. Die angeklagten Genossen jedoch werden auch weiter jede Möglichkeit ausnutzen, um gegen die Faschisten auch gerichtlich vorzugehen.

Die Partei und die RHD unterstützen die angeklagten Antifaschisten, indem sie die Kieler Werktätigen breit über den Terrorprozeß informieren und zur aktiven Solidarität mit dem Kampf der vier Genossen vor den Schranken des Gerichts aufrufen. Der Erfolg dieser Aktivität zeigt sich u. a. auch darin, daß die Zuschauerbänke beim Prozeß stets gefüllt sind. Die Genossen berichten: „Bisher hat uns auch noch jeder, der zu unserem Prozeß — oft der erste Prozeßbesuch überhaupt — gekommen ist, bestätigt, daß es für ihn eine sehr wichtige Lehre war". **Die nächsten Prozeßtage: 19. und 30. Mai und 5. Juni, jeweils 9 Uhr, Zimmer 212, Landgericht am Schützenwall.**

Korrespondenzen

Redaktion „Roter Morgen" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

Kreiskrankenhaus Kronach — eine „Krüppelfabrik"

Krüppelfabrik — so heißt das Kronacher Krankenhaus im Volksmund. Jeder, der einmal hier war, kann etliche Gruselgeschichten erzählen über die gesundheitliche Versorgung, die ihm der Ausbeuterstaat zugedacht hat.

Frauen, die gerade entbunden haben, werden von Ordensschwestern solange gequält, bis sie „freiwillig" in die 6-Uhr-Messe gehen.

Wer mit einem unkomplizierten Arm- oder Beinbruch eingeliefert wird, dem kann es passieren, daß der Bruch so falsch behandelt wird, daß er erneut gebrochen werden muß.

Eine Blinddarmoperation wird hier zu einer lebensgefährlichen Angelegenheit, Infektionen oder Schnittverletzungen im Leib kommen häufiger vor.

Ein Arbeitskollege hatte sich an der Hand verletzt, als er eine Konservendose öffnete. Nach drei „Operationen" waren 4 Finger steif. Jetzt wollen sie ihm 3 Finger amputieren, der Kollege aber hat Angst, daß er den ganzen Arm dabei verliert und hat abgelehnt.

Was ist der Grund dafür, daß in diesem Krankenhaus die „Kunstfehler" so häufig sind? Strafversetzte Ärzte, kriminelle und korrupte Kreaturen, die selbst in diesem Ausbeuterstaat ihresgleichen suchen, werden hierhin ausgesetzt. Im Verein mit den brutalen und religiös verbohrten Ordensschwestern hat der Kapitalistenstaat hier eine stinkende Pestbeule auf die Gesundheit des Volkes gesetzt. Aber eines ist sicher: So sicher, wie die Diktatur des Proletariats in ganz Deutschland errichtet wird, so sicher wird das Volk diese Kreaturen „verarzten" — mit einigen kräftigen Tritten in den Hintern verschwinden sie von der Bildfläche!

Genossen aus dem Frankenwald

Als Schwerbehinderter wie Dreck behandelt

Liebe Genossen,

als Verfolgter des Naziregimes bin ich heute zu 60% schwerbehindert. Nach dreijähriger Arbeitslosigkeit habe ich erst vor kurzem Arbeit bekommen. Aufgrund meiner Behinderung steht mir alle zwei Jahre eine Kur zu. Bevor ich meine jetzige Arbeit hatte, wurde die fällige Kur mit der Bemerkung verweigert, da es um eine Heilkur gehe, auf die ich Anrecht hätte, und keine Erholungskur, könne mir diese micht gewährt werden. Einem ebenfalls schwerbeschädigten Arbeitskollegen wurde die Kur mit der gleichen Begründung abgelehnt, als er noch arbeitslos war. Er stimmte mir zu, daß wir wertlos sind, wenn wir nicht arbeiten. Deshalb brauchen wir auch nicht geheilt zu werden. Ja, es wäre sogar rentabler, wenn wir sterben würden, am besten noch mit staatlicher Hilfe.

Mein Verlangen nach Heraufsetzung des Prozentsatzes der Beschädigung wurde folgendermaßen beschieden: „Aus den Krankenunterlagen von ... ergibt sich einwandfrei, daß eine eventuelle Verschlimmerung des Leidens des Klägers nicht mehr auf die Verfolgung zurückgeführt werden kann, sondern andere, der Verfolgung nicht mehr anzulastenden, Ursachen verantwortlich sind. Hier können u. a. Ehescheidung, berufliche Schwierigkeiten, Arbeitsunlust genannt werden, wobei diese Aufstellung keinen Anspruch auf Vollzähligkeit erhebt".

Bei Einstellung eines Schwerbeschädigten bekommt der Kapitalist 100,— DM pro Monat Steuererleichterung, 6 Monate lang einen Prozentsatz vom Stundenlohn vom Arbeitsamt „für Eingliederung". Dazu kommen seit 1. 1. 78 Zuschüsse zwischen 8.000,— und 18.000,— DM zuzüglich der Einarbeitungszuschüsse und Eingliederungsbeihilfen für jeden, der einen Schwerbehinderten beschäftigt oder ausbildet. Diese Vorteile werden aber hauptsächlich von kleinen Betrieben genutzt, die auch Sträflinge beschäftigen und in den Strafanstalten arbeiten lassen. Bemerkt muß auch werden, daß die vom Schwerbeschädigten erwartete Leistung die gleiche ist...Soviel zu Euren Artikeln „Kostendämpfung" und „Schwerbehinderte".

Ein Genosse
aus der Nähe von Freiburg

Kutterfischer blockieren Kieler Hafen

Fünf Stunden lang blockierten am 10. 5. über einhundert Kutter die Kieler Schleuse des Nord-Ostsee-Kanals. Die empörten Kutterfischer, die solidarische Unterstützung von Kollegen aus Bremerhaven bekommen hatten, demonstrierten mit dieser Aktion ihre Entschlossenheit, sich nicht durch Fangbeschränkungen ruinieren zu lassen. Sie sind auch empört darüber, daß die Bonner Regierung gegen ihr Versprechen bis auf den heutigen Tag nicht einmal die neuen Seerechtsgrenzen veröffentlicht hat. Dadurch laufen die Fischer Gefahr, in fremden Gewässern aufgebracht zu werden.

So z. B. der Heikendorfer Fischer Fritz Draasch, der schon seit über einem Monat in Polen gefangenhalten wird. Die EG hat drastisch niedrige Fangquoten für die Ostsee festgesetzt. Für die Ostsee-Fischer sind diese Quoten in höchstens zwei bis drei Wochen ausgeschöpft. Angeblich soll diese Festlegung der Fangquoten dem Erhalt der Fischbestände dienen, in Wirklichkeit sollen damit die Kutterfischer ruiniert werden zugunsten der Hochseefangflotten solcher Konzerne wie Unilever oder der Oetker-Gruppe. Bezeichnend ist deshalb auch, daß von den 95 Millionen Mark staatlicher Hilfe für die Fischerei allein 90 Millionen an eben diese Konzerne gehen sollen, während der Rest von fünf Millionen den kleineren Fischern vorbehalten bleibt. Die Fischer sehen sich dem Ruin gegenüber und gehen deshalb zu militanten Aktionen über.

Gleichzeitig legten 1.600 dänische Kutter über 20 Häfen in Dänemark lahm. Die dänischen Kollegen fassen ihre Aktion für höhere Fangquoten auch als Solidaritätsaktion mit den deutschen Fischern auf, wenn sie sagen: „Wenn es sein muß, kommen wir auch nach Deutschland und helfen unseren deutschen Kollegen!"

Zu allem Überfluß kommt jetzt auch noch das Seemanöver „Blue Harrier" des aggressiven NATO-Pakts, ausgerechnet in den noch verbleibenden Fanggründen, dazu. Die Fischer aus Heiligenhafen haben militante Aktionen gegen dieses Manöver angekündigt, sie wollen gewaltsam in das Manövergebiet eindringen!

Das Schachern Bonns um Fangquoten und Fischereigrenzen und die daraus folgende Ungewißheit für die Ostsee-Fischer findet auf dem Rükken der Kutterfischer statt. Der Kollege Fritz Draasch ist ein Beispiel dafür. Er sollte schon freigelassen werden — gegen eine für ihn unzahlbar hohe Kaution. Nicht einmal da sprang die Bonner Regierung ein, sie rührte nicht einen Finger für ihn! So bleibt Fritz Draasch weiter in Haft!

Daß der Kampf der Fischer vorläufig zu Ende gegangen ist, liegt daran, daß die Aktion in den Händen der Leiter der Fischverwertungsbetriebe liegt. Diese Leute mischten sich mehr und mehr unter die Fischer und wiegelten ab, indem sie auf Verhandlungen vertrösteten und spalterische Forderungen aufstellten wie: „Weg mit den Nebenerwerbsfischern!"

Unter der Parole „Die richtige Antwort heißt Blockade" verteilte erstmals die „Revolutionäre Landvolkbewegung" ein Flugblatt unter den Fischern, das die wahren Feinde der Kutterfischer anprangerte — die Monopole und die EG — und das forderte: Kampf der Ruinierung der Kutterfischer! Sofortige Freilassung von Fritz Draasch! Nieder mit der EG!

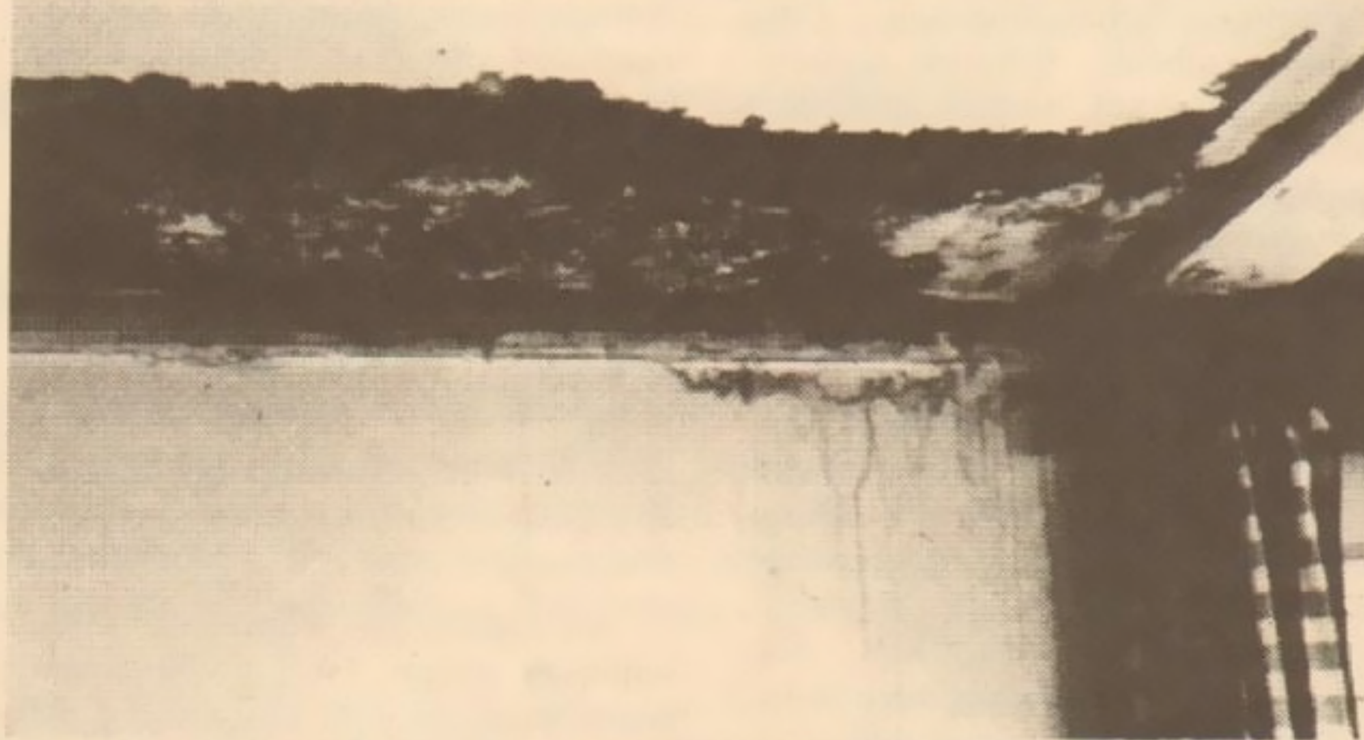


Demonstration der Ostseefischer in Kiel

Mieterhöhungen für elende Baracken

Genossen von der Klöckner-Hütte in Bremen schickten uns folgenden Bericht und legten Fotos bei:

Die Klöckner-Kapitalisten kündigten die Erhöhung der Preise für Werksbusfahrten, für die Kantine und für die Mieten im Wohnheim an. Besonders letzteres stieß bei den vorwiegend türkischen Bewohnern auf große Empörung. Denn es sind elende Baracken auf dem Werksgelände, in denen sie hausen müssen. Die Zimmer sind nur durch Hartfaserplatten voneinander getrennt. Jedes Wort und jeden Schritt kann man durch mehrere Zimmer hören. Und dabei arbeiten fast alle, die hier wohnen, im Conti-Schichtsystem, d. h. Siebentagewoche bei Wechselschicht. Als ein Kollege auf der letzten Betriebsversammlung von den elenden Wohnverhältnissen berichtete, erwiderte der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende: „Wenn dort Mängel sind, müssen die erst beseitigt werden, ehe man die Mieten erhöhen kann." So vertritt dieser Bonze also unsere Interessen. Er denkt gar nicht daran, sich gegen die Mieterhöhung auszusprechen. Obwohl es schon ein Hohn ist, daß die Klöckner-Bosse für diese menschenunwürdigen Hütten überhaupt Miete verlangen.



„Fließendes Wasser" — auch von Decken und Wänden (im Klöckner-Wohnheim).

Rundreise einer Delegation der PLO

Rundreise einer Delegation der PLO im Mai in folgende Städte: Frankfurt (21. 5.), Westberlin (23. 5.), Mannheim (24. 5.), Hamburg (25. 5.), Hannover (26. 5.), Köln (27. 5.).

Demonstration

Dülmen: Demonstration für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum am 20. Mai, Beginn 12 Uhr, Treffpunkt: Dülmener Overbergplatz

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag G. Schneider Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....
○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich **DM 30,00** ○ halbjährlich **DM 15,00** ○ vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Besuchen Sie die Parteibüros der KPD/ML!

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.30 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 177404, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 511537, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 u. 433692, geöffnet: Mo-Fr 9-12 u. 14-18, Sa 9-14 Uhr.

4100 **DUISBURG** 1 (Hochfeld), Buchladen „Roter Morgen", Paulusstr. 36, Tel.: 0203 / 64796, geöffnet: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf), „Linkskurve", politische Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/624299, geöffnet Mo-Fr 16-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 437595, geöffnet: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17-19 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen Klartext, Mittelgasse 9, Tel.: 0561/16507, geöffnet: Di-Fr 15.30-18.00, Sa 10-12 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo-Do 9-13 u. 15-18, Fr 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/854127, geöffnet: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 697109, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

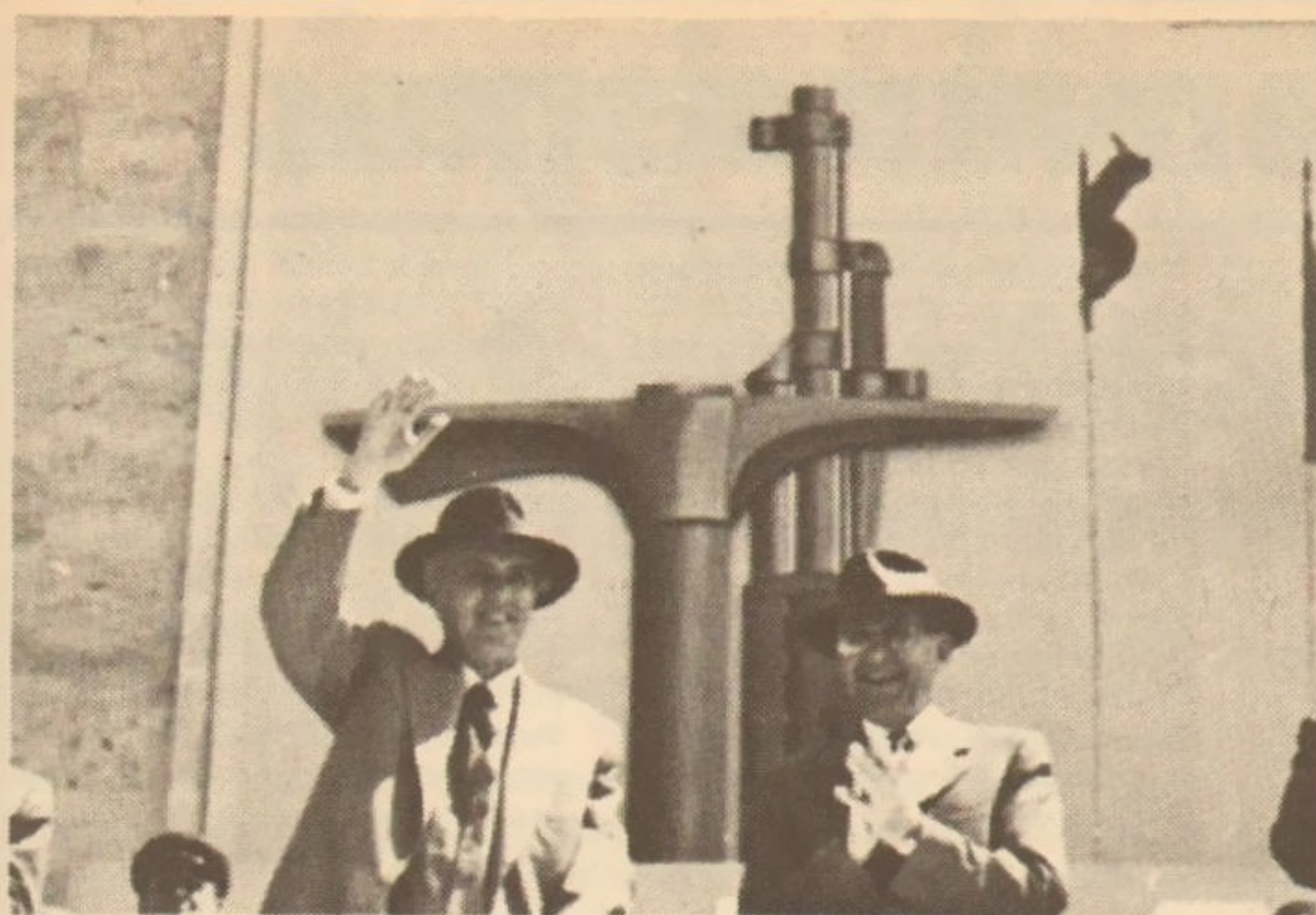
2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 76939, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 65205, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/535987, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengel-Str. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.



Genosse Enver Hoxha und andere Führer der Partei und des Staates begrüßen die 1.-Mai-Demonstration auf dem Boulevard „Die Helden der Nation" in Tirana.



Delegation revolutionärer deutscher Gewerkschafter beim 1. Mai in der SVR Albanien

Zusammen mit anderen ausländischen Delegationen war auch eine Delegation revolutionärer Gewerkschafter aus der Deutschen Bundesrepublik zum 1. Mai in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien eingeladen. Der „Rote Morgen" sprach mit dem Leiter der Delegation.

RM: Du hast zum ersten Mal den 1. Mai, den internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, in einem sozialistischen Land erlebt. Was waren deine stärksten Eindrücke?

Del.: Am 1. Mai ziehen die Arbeiterklasse und das ganze Volk der SVR Albanien die Bilanz ihrer Erfolge im politischen Bereich und beim Aufbau des Sozialismus. Mit großem und berechtigtem Stolz blicken die Albaner auf die Erfüllung und Übererfüllung der Pläne des VII. Parteitags und die Umsetzung seines politischen Kampfprogramms.

An dem 1.-Mai-Umzug kam die große und unzerstörbare Einheit von Partei, Arbeiterklasse und Volk zum Ausdruck: das revolutionäre Bündnis der Arbeiterklasse und der Genossenschaftsbauern; die Rolle und Stellung der Intelligenz, der Jugend, der älteren Menschen und die volle Gleichberechtigung der Frau in allen Bereichen wurden demonstriert. Über allen Aufgaben — auch das wurde bei dem Umzug deutlich — steht im sozialistischen Albanien die Landesverteidigung. Es marschierten mehrere militärische Betriebseinheiten, uniformiert und bewaffnet, Frauen wie Männer, im Zug mit.

Und immer wieder wurde zum Ausdruck gebracht, daß nur die marxistisch-leninistische Ideologie, die korrekte Linie der Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze diese Erfolge auf allen Gebieten möglich gemacht hat.

Insgesamt bot der große 1.-Mai-Umzug in Tirana nicht nur einen sehr kämpferischen, sondern auch einen sehr frohen und bunten Anblick. Zu den vielen roten Fahnen, den Transparenten, Trageschildern, großflächigen Plakaten, Bildern und Umzugswagen, kamen Tausende von bunten Blumen. Musikanten mit Akkordeon, Flöte und Trommel spielten. Volkstanzgruppen zogen tanzend an uns vorüber. Verschiedene Sportvereine in den unterschiedlichsten Vereinskleidungen marschierten mit. An der Haupttribüne, auf der Genosse Enver Hoxha und andere Partei- und Staatsführer standen, stiegen Hunderte von bunten Luftballons aus dem letzten vorbeiziehenden Zug in die Luft auf.

Aber nicht nur das Bild Tiranas war bestimmt vom 1. Mai. Auch in anderen Städten des Landes waren die Straßen, Plätze und Häuser mit vielen roten Fahnen und Transparenten geschmückt. Der albanische Gewerkschaftsverband hatte uns nicht nur zur Teilnahme an den großen Maifeierlichkeiten eingeladen, sondern darüber hinaus noch zehn Tage lang die Möglichkeit gegeben, im ganzen Land Industriebetriebe, landwirtschaftliche Kooperativen, Kulturpaläste, Ausstellungen, Museen und Gedenkstätten zu besuchen. Wir haben mit einfachen Arbeitern und mit Kadern bei diesen Besuchen sehr ausführlich sprechen können. Mit Freude konnten wir feststellen, daß der 1.-Mai-Umzug tatsächlich eine konzentrierte Widerspiegelung der Situation im Land, der erreichten Erfolge und der Verwirklichung der gesteckten großen Ziele ist.

RM: Der 1. Mai ist der internationale Kampftag der Arbeiterklasse. Wie zeigte sich das in Albanien?

Del.: Zum einen ist unsere Einladung, der Besuch revolutionärer Arbeiter und Gewerkschafter aus Westdeutschland und aus vielen anderen Ländern schon ein Ausdruck der internationalistischen Haltung der albanischen Genossen. Es waren Gäste da aus Spanien, England, Italien, Portugal, Palästina, Japan usw. Aber auch die Demonstration selbst war bestimmt vom Geist des proletarischen Internationalismus. Ihr habt ja im letzten „Roten Morgen" bereits einige der internationalistischen Parolen abgedruckt. Auch wurden wir, die ausländischen Delegationen und Freunde, immer wieder besonders aus dem Umzug heraus gegrüßt. Es gab häufig lang anhaltende Rufe auf den proletarischen Internationalismus. Sehr gefreut haben wir uns darüber, daß unsere Delegation zusammen mit den spanischen, portugiesischen, italienischen und englischen Delegationen am 30. April zur Maifeier eines großen Druckbetriebes in Tirana eingeladen wurde. Auf diesem Fest haben wir gemeinsam mit den Arbeiterinnen und Arbeitern in den Mai hinein gefeiert.

Überall, wo wir hinkamen, trafen wir auf großes Interesse am Klassenkampf in unserem Land. So interessierten die Albaner sich sehr für die Streiks in den letzten Monaten, für den Aufbau der RGO und für die Betriebsratswahlen. Auch über die Faschisierung durch den Bonner Staatsapparat und die Zunahme faschistischer Aktivitäten wurde viel gesprochen.

Besonders hervorheben möchte ich aber noch einmal die sehr große Gastfreundschaft, mit der wir überall aufgenommen worden sind.

RM: Während deines Aufenthaltes beging das albanische Volk den Tag der gefallenen Partisanen...

Del.: Der 5. Mai ist der Ehrentag der gefallenen Partisanen. Alljährlich gedenkt und ehrt das albanische Volk an diesem Tag seine gefallenen Freiheitskämpfer. Es war uns eine große Ehre, diesen Tag gemeinsam mit den Albanern feiern zu dürfen. Überall in Albanien besuchen an diesem Tag die Werktätigen die Partisanenfriedhöfe und die Gedenkstätten. Die meisten legen Blumen an den Gräbern nieder. Führer von Partei und Staat sowie Abordnungen von verschiedenen Massenorganisationen legen Kränze nieder. Auch wir ausländischen Gäste nahmen an einer Gedenkfeier auf einem Partisanenfriedhof teil. Anschließend besuchten wir zwei Familien aus Tirana, deren Familienangehörige als Partisanen gefallen sind. Wir wurden sehr herzlich aufgenommen, und voller Stolz wurde uns die Lebensgeschichte der Gefallenen berichtet. Bilder über die Jugendzeit der Partisanen wurden uns gezeigt und ihr Kampf ausführlich geschildert. Zum Abschluß haben die Familien sich auch nach dem Stand der Kämpfe in unseren Ländern erkundigt und uns die besten Wünsche für weitere größere Erfolge mit auf den Weg gegeben.

RM: Was hat dir am besten gefallen?

Del.: Das ist sehr schwer zu sagen. Ich habe von allem, was ich sehen konnte und von allen Gesprächen, die geführt wurden, sehr große Eindrücke mitgenommen. Es ist vielleicht noch einmal hervorzuheben, wie das Prinzip des Sich-Stützens-auf-die-eigenen-Kräfte angewandt wird. Ein Beispiel: Ein Teil des albanischen Zuckerbedarfs mußte bis heute vom Ausland eingeführt werden. Denn zwar kann der Rohstoffbedarf, also der Bedarf an Zuckerrüben, im eigenen Land gedeckt werden. Aber es fehlte noch die entsprechende Fabrik, um diese Rohstoffe auch alle zu verwerten. Nun stand man vor der Wahl, den alten Zustand beizubehalten, eine neue Fabrik im Ausland zu kaufen oder aber selbst eine solche Fabrik zu bauen. Dieses Problem wurde breit unter den Arbeitern und Technikern im ganzen Land diskutiert. Einhellig entschied man sich dafür, selbst eine solche Fabrik zu konstruieren und zu bauen. Es kamen viele brauchbare Vorschläge, eine ganze Reihe von Betrieben aus den verschiedenen Landesteilen bauen jetzt an den dazu notwendigen Maschinen. So wird Albanien mit der nächsten Ernte unabhängig von allen Zuckerimporten werden.

Das ist nur ein Beispiel. Es gäbe Dutzende zu nennen. Aber es zeigt bereits, wie die Albaner den Sozialismus aufbauen: Gestützt auf die eigenen, unbesiegbaren Kräfte des von seiner marxistisch-leninistischen Partei geführten Volkes.

RM: Wir danken dir für dieses Gespräch.



„Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" — die albanische Arbeiterklasse ist mit den Arbeitern aller Länder eng verbunden.



Der Leiter der deutschen Delegation revolutionärer Gewerkschafter im Trikotagenwerk in Korça



Die albanischen Frauen — immer bereit, ihr sozialistisches Vaterland zu verteidigen.

Jugend für den Kommunismus

Rede des Genossen Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML

Begeisterter Beifall brandete auf, als Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, unerwartet und völlig überraschend für die Teilnehmer der Abschlußveranstaltung des I. Ordentlichen Kongresses, die Rednertribüne betrat. Die Rede des Genossen Ernst Aust — immer wieder von Applaus unterbrochen — war durchdrungen von dem tiefen Gefühl der Verantwortung, mit dem unsere Partei Anteil nimmt am Schicksal der deutschen Jugend. Sie war geprägt von der Zuversicht, daß diese Jugend, geleitet von ihrer Organisation, der Roten Garde, und geführt von ihrer Partei, der KPD/ML, in der vordersten Reihe stehen wird beim Kampf für eine freie und glückliche Zukunft in einem vereinten, unabhängigen und sozialistischen Deutschland.

Lesen Sie im folgenden Auszüge aus der Rede des Genossen Ernst Aust.

„Mancher", sagte Genosse Ernst Aust, „erinnert sich vielleicht noch des Jugendkongresses der Roten Garde Ende August 1975 in Offenbach, eines zweifellos großen und begeisternden Ereignisses im Leben unseres Jugendverbandes. Und ich habe schon die Frage gehört: Wieso ist dies hier in Düsseldorf unser 1. Kongreß? War unser Kongreß in Offenbach vor drei Jahren, an dem ja auch rund 2.000 Menschen und ausländische Delegationen teilnahmen, nicht unser 1. Kongreß?

Sicher, es war der erste größere Kongreß der Roten Garde in Offenbach, und niemand sollte seine Bedeutung schmälern. Doch wozu ihr Euch heute hier zusammengefunden habt, das ist die abschließende Großveranstaltung des I. **Ordentlichen** Kongresses der Roten Garde. Des Kongresses, auf dem Ihr Euer Statut, Euer Kampfprogramm verabschiedet und Euer eigenes Zentralkomitee gewählt habt. Euer Zentralkomitee, das inzwischen sein Sekretariat und mit dem Genossen Reinhard Haneld seinen 1. Sekretär gewählt hat.

Ich bin sicher, daß Ihr eine gute Wahl getroffen, daß ihr Eure besten Genossen an die Spitze Eures kommunistischen Jugendverbandes gewählt habt. Das Zentralkomitee unserer Partei möchte Euch dazu recht herzlich beglückwünschen und spricht Eurer neuen Führung sein volles Vertrauen aus.

Wir müssen unbedingt für die organisatorische Selbständigkeit des Jugendverbandes eintreten

Vertrauen muß man schon haben, Genossen, Vertrauen in den revolutionärsten Teil der deutschen Jugend, denn das ist die Rote Garde. Das hat sie in vielen Kämpfen bewiesen. Sei es am Roten Antikriegstag 1972 in München, sei es bei den Demonstrationen gegen Fahrpreiserhöhungen, sei es am Zaun des Kernkraftgeländes in Brockdorf, sei es anläßlich der verschiedenen Naziveranstaltungen, stets haben Rotgardisten mutig an der Seite der Parteigenossen gekämpft, haben sie Verfolgung, Strafen, Gefängnis in Kauf genommen.

Und es muß hier klar gesagt werden: Es war ein Fehler, daß die Partei die organisatorische Selbständigkeit der Roten Garde nicht gefördert, sondern praktisch gebremst hat. Das, was wir hier heute erleben, der I. Ordentliche Kongreß der Roten Garde, hätte bereits vor 3 Jahren in Offenbach stattfinden können. Denn wie lehrte uns Lenin?:

‚Darum müssen wir übrigens unbedingt für die organisatorische Selbständigkeit des Jugendverbandes eintreten, und nicht nur aus dem Grunde, weil die Opportunisten diese Selbständigkeit fürchten, sondern auch dem Wesen der Sache nach. Denn ohne volle Selbständigkeit wird die Jugend weder imstande sein, gute Sozialisten aus sich zu machen, noch sich darauf vorzubereiten, den Sozialismus vorwärtszuführen'.

Es ist notwendig, zu verhindern, daß der Jugendverband der kommunistischen Partei in falsche, in revisionistische Hände gerät. Eine Gefahr, die Anfang 1973 durch die rechte Fraktion im Zentralkomitee entstanden war. Genauso, wie es damals notwendig war, die falsche, die revisionistische Linie, die von diesen Leuten in der Betriebs- und Gewerkschaftsfrage vertreten wurde, zurückzuweisen. Eine Linie, die darin bestand, die Neutralität der Gewerkschaft zu propagieren, das Wort ‚revolutionär' aus dem Namen der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition, der RGO, fortzulassen und diese nur noch GO, Gewerkschaftsopposition zu nennen, und zwar mit der Begründung, das Wort ‚revolutionär' könne die Kollegen abschrecken.

Es war richtig, diese revisionistischen Auffassungen entschieden zurückzuweisen. Doch es war falsch, in der Korrektur dieser Fehler das Kind mit dem Bade auszuschütten, die richtige, vom II. Parteitag beschlossene Ausrichtung in der Jugendfrage bezüglich der zu schaffenden organisatorischen Selbständigkeit der Roten Garde, sowie die Ausrichtung in der Betriebs- und Gewerkschaftspolitik auf die Schaffung der RGO in der Versenkung verschwinden zu lassen und praktisch eine sektiererische, opportunistische Linie durchzusetzen.

Eine Linie, Genossinnen und Genossen, die uns praktisch in der unbedingt breiten Verankerung der Partei in der Arbeiterklasse, den werktätigen Massen, wie ihrer Jugendorganisation in der werktätigen und lernenden Jugend, Jahre gekostet. Das müssen wir selbstkritisch sehen. Auch wenn dies nicht heißt, daß die Partei wie auch die Rote Garde in dieser Zeit ihren Kampf, dem westdeutschen Imperialismus die Faust ins Gesicht, vernachlässigt hätte. Die Frage ist nur, wie weit könnten wir heute schon sein, wären diese Fehler vermieden worden?

Die Rote Garde muß sich auf die Revolution vorbereiten

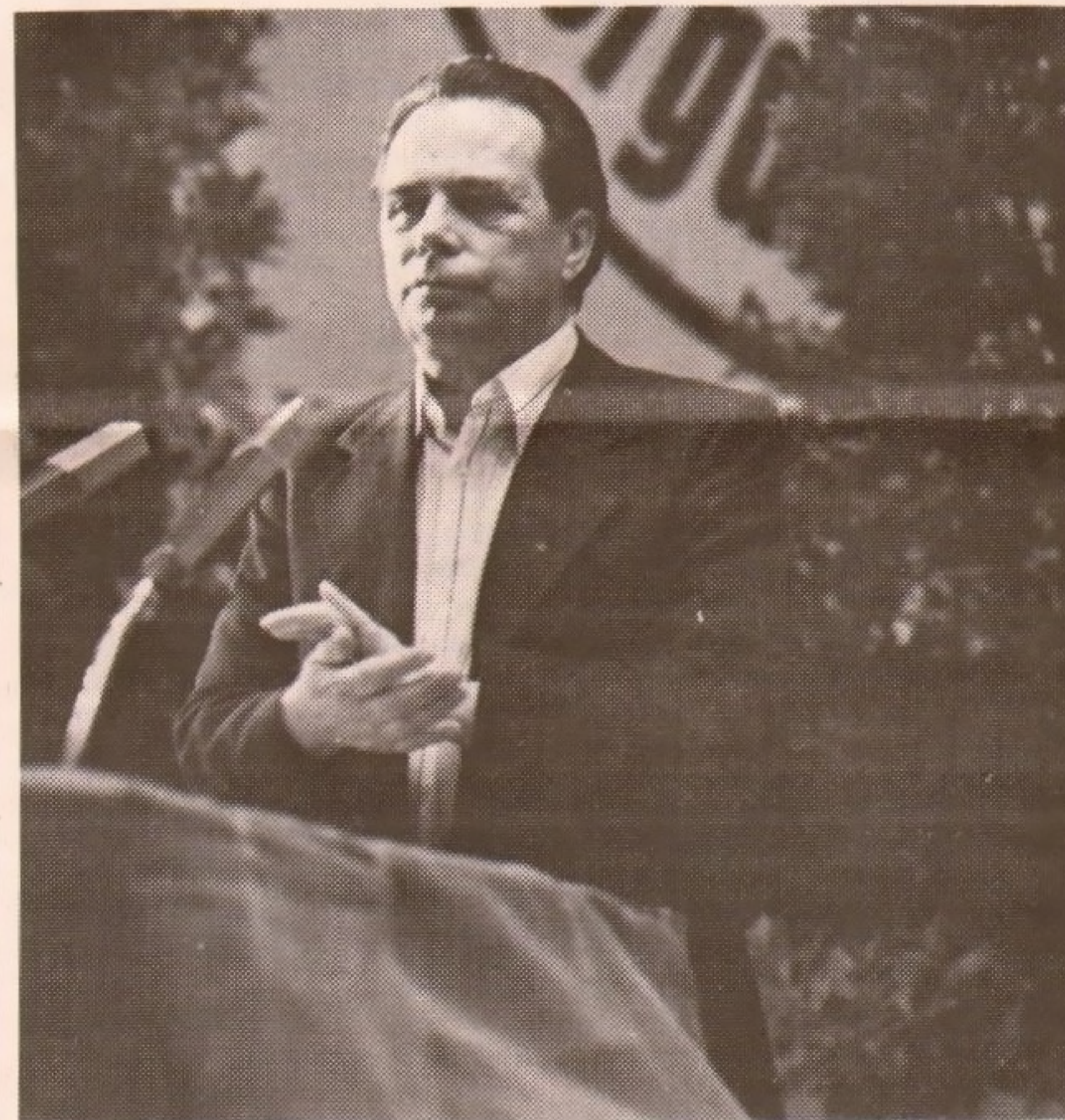
Nun gut, es gäbe dazu wohl noch einiges zu sagen, und es wird auch gesagt werden. Doch wichtiger ist es jetzt, den Blick nach vorn, in die Zukunft zu richten".

Genosse Ernst Aust ging dann darauf ein, daß sich die Wirtschaftskrise weiter vertiefen wird und bis Mitte der achtziger Jahre mit 5 Millionen Arbeitslosen zu rechnen ist. „fürwahr, eine ‚goldene Zukunft', die der Kapitalismus für Euch bereithält", sagte Genosse Ernst. „Eure Väter und Großväter haben sie während der Jahre der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 schon einmal erlebt. Und auch die Folgen: Faschismus und Krieg.

Was ist dagegen zu tun? **Ihr habt die Abschlußveranstaltung Eures Kongresses unter die Losung gestellt: ‚Jugend für den Kommunismus!' Und wie der Genosse Reinhard in seinem Referat schon sagte, bezeichnet diese Losung ‚den einzig möglichen Ausweg der arbeitenden und lernenden Jugend aus einer Gesellschaft, die ihnen nichts anderes zu bieten hat als Ausbeutung und Unterdrückung, Reaktion und Faschismus, Not, Elend, Krise und Krieg'.**

Und, Genossinnen und Genossen, es ist die Pflicht der Roten Garde wie die der Partei, sich auf die Verschärfung der Klassenkämpfe, auf die Revolution vorzubereiten. Vorzubereiten, indem Ihr:

- **wie es schon in der Losung Eures Kongresses hieß, Euch tief in den Massen der Jugendlichen verankert;**
- **indem Ihr diese Massen für die Revolution zu gewinnen sucht;**
- **indem Ihr Euch selbst auf die Revolution vorbereitet.**



Am besten, am einfachsten, am sichersten gewinnt Ihr die Jugendlichen, indem Ihr Euch für Ihre Interessen einsetzt, im täglichen Kampf, in der Aktion an ihrer Seite und nicht nur an ihrer Seite, sondern möglichst an ihrer Spitze steht. Indem Ihr diese täglichen Kämpfe um kleine und kleinste Forderungen und Reformen mit dem Kampf um den Sozialismus verbindet.

Ein Rotgardist, der sich scheut, in der Aktion, im täglichen Kampf für die Forderungen der Jugendlichen einzutreten, ist kein Kommunist, wie hoch sein theoretisches Wissen auch sein mag. Was wir brauchen, sind keine überheblichen Klugscheißer, die die Jugend von oben herab belehren, sondern Kämpfer, die an ihrer Seite stehen und sie im Kampf ihre Feinde, den revolutionären Ausweg erkennen lehren!

Wie läuft das z. B. beim Aufbau der RGO unter den Jugendlichen im Betrieb? Niemand wird von den Lehrlingen, den Jungarbeitern verlangen können, daß sie schon bezüglich des Gewerkschaftsapparates die gleichen Erfahrungen haben wie ihre älteren Kollegen. Woher sollen sie auch. Erst einmal werden sie sich in der Gewerkschaftsjugend organisieren. Ihr selbst arbeitet ja auch darin, wie ich hoffe. Dann entwickelt Ihr Aktivitäten, stellt zusammen Forderungsprogramme, Kampfprogramme auf und geratet prompt mit den Gewerkschaftsbonzen aneinander. Jetzt ist der Zeitpunkt da, wie es z. B. die jungen Genossen in Westberlin getan haben, eine revolutionäre Gewerkschaftsjugendgruppe oder auch eine RGO-Jugendgruppe zu gründen. Und sicher werdet Ihr — wie die Partei die Betriebsräte- und Vertrauensleutewahlen — die Jugendvertreterwahlen als einen Schwerpunkt Eurer Arbeit betrachten. Was wir brauchen, sind revolutionäre Jugendvertreter.

„Unter Führung und Leitung der KPD/ML"

Nun laßt mich noch einmal auf die Selbständigkeit der Roten Garde eingehen, wohlgemerkt die organisatorische Selbständigkeit. Sie garantiert der Roten Garde ihren eigenen demokratischen Zentralismus. Sie wird nach der Richtschnur, Jugend soll Jugend führen, ihre eigenen Führer wählen. Und da diese sicher die besten Rotgardisten sind, werden sie gleichzeitig Kader bzw. Kaderreserven der Partei sein. Durch diese Selbständigkeit werden zweifellos die Eigeninitiative, der Ideenreichtum, die Aktivitäten der Roten Garde voll zur Entfaltung kommen.

Und doch heißt die organisatorische Selbständigkeit der Roten Garde nicht, daß sie ideologisch und politisch ‚selbständig' wäre. Sie ist und bleibt die Jugendorganisation der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten. Sie arbeitet, wie es in ihrem Statut steht, ‚unter Führung und Leitung der KPD/ML'. Das ist ein bolschewistisches Prinzip und daran wird sich nichts ändern. Was wir brauchen, ist nicht irgendeine Jugendorganisation, sondern die Jugendorganisation der Vorhutpartei des deutschen Proletariats, der KPD/ML, und das seid Ihr, die Rote Garde!

Es ist eine alte Erfahrung, daß die Feinde der Revolution, Opportunisten aller Schattierungen, gerade hier ansetzen und ansetzen werden, um Widersprüche zwischen der Partei und ihrer Jugendorganisation zu erzeugen, um den Jugendverband von seiner Partei zu trennen.

Da kommen sie anscharwenzelt, die zumeist intellektuellen Typen: „Habt ihr schon gehört, in der Partei, was da los ist, von wegen Mao, ob er Klassiker ist oder nicht, wo doch der Genosse Ernst Aust auf der Abschlußkundgebung des III. Parteitags gesagt hat: ‚Die Kommunistische Partei Chinas und ihr Zentralkomitee können sicher sein, daß wir in der Verteidigung des revolutionären Erbes Mao Tsetungs fest an ihrer Seite stehen!'"

Na und, könnte man sagen, was soll's? Verteidigt etwa das ZK der KP Chinas das revolutionäre Erbe Mao Tsetungs? Sicherlich nicht! Und wohlgemerkt, ich habe vom revolutionären Erbe Maos gesprochen, nicht vom revisionistischen. Wir verteidigen doch auch die Genossin Rosa Luxemburg, Mitbegründerin der KPD. Doch verteidigen wir damit den ‚Luxemburgismus', ihre antimarxistische Spontanitätstheorie? Nein, es ist das gute Recht unserer Partei, parteiintern darüber zu diskutieren, ob der Genosse Mao Tsetung ein Klassiker des Marxismus-Leninismus ist oder nicht. Und ist die Diskussion abgeschlossen, so werden wir sicher das Ergebnis und die Begründung hierfür der Roten Garde und der Öffentlichkeit mitteilen.

Den Revisionismus und jede Art Opportunismus entschlossen bekämpfen

Rotgardistinnen, Rotgardisten,

es ist notwendig, die Linie Eurer Partei, der KPD/ML, gründlich kennenzulernen, damit Ihr sie selbstlos verteidigen und bis zum Schluß nachdrücklich anwenden könnt. Wie die Genossen der Partei, müßt Ihr entschlossene Kämpfer gegen Revisionismus und jede Art Opportunismus, rechten und ‚linken' Abweichungen werden. Sowohl die rechten als auch die ‚linken' Opportunisten leugnen die sozialistische Revolution, die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei, die hegemonistische Rolle des Proletariats, die Notwendigkeit des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern und auch andere grundlegende Prinzipien und Gesetze der sozialistischen Revolution.

Was die konsequente Verteidigung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus betrifft, so sollte uns die Partei der Arbeit Albaniens mit dem Genossen Enver Hoxha an der Spitze immer ein leuchtendes Vorbild sein. Laßt uns von der Tribüne dieses Kongresses einen herzlichen Gruß schikken an unsere albanische Bruderpartei und ihren kommunistischen Jugendverband. Und ich glaube, in Euer aller Namen zu sprechen, wenn wir dem albanischen Volk, unseren albanischen Genossen versichern, daß wir, was immer auch kommen mag, in der Verteidigung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus, gegen jedweden Feind ihrer Heimat, fest an ihrer Seite stehen werden.

Erhebt das rote Banner der Revolution!

Abschließend sagte Genosse Ernst Aust: Wir sind keine Abenteurer und wissen, daß ohne das Vorhandensein einer revolutionären Situation eine Revolution unmöglich ist. Doch darf uns das nicht daran hindern, uns auf eine solche Situation, die früher oder später kommen wird, vorzubereiten. Und dann werden wir auch den Satz Lenins nicht vergessen, den er in einem Brief an den ‚Kampfausschuß des St. Petersburger Parteikomitees' am 16. 10. 1905 u. a. schrieb: ‚Mit Entsetzen, bei Gott, mit Entsetzen sehe ich, daß man schon mehr als ein halbes Jahr über Bomben redet und noch nicht eine einzige hergestellt hat! ... Geht zur Jugend, Herrschaften, das ist das einzige Mittel, das alles retten kann. Sonst werdet ihr, bei Gott, zu spät kommen...'

Ihr seht, welche Bedeutung der Genosse Lenin schon damals der revolutionären Jugend beimaß, welches Vertrauen er ihr schenkte. Und immer schon war die Jugend die reinste und hellste Flamme der Revolution. Nehmt das Banner auf, Rotgardisten, das Generationen von kommunistischen Jugendlichen vor Euch getragen haben, das rote Banner der Revolution!

Kämpft an der Seite Eurer revolutionären Partei für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!"

Jugend für den Kommunismus

Rede des Genossen Reinhard Haneld, 1. Sekretär der Roten Garde

Ein Höhepunkt der Abschlußveranstaltung des I. Ordentlichen Kongresses der Roten Garde war die Rede ihres 1. Sekretärs, des Genossen Reinhard Haneld. Begeistert darüber, wie hier die brennenden Probleme der Jugend und der Roten Garde aufgegriffen und angepackt wurden, waren nicht nur die Rotgardisten selber, sondern gerade auch die Jugendlichen, die an diesem Tag zum ersten Mal zu einer Veranstaltung der Roten Garde gekommen waren. Im folgenden einige Auszüge.

Erneut wurde unseren albanischen Genossen die Einreise verweigert

„Wie ihr gehört habt, führt die Bonner Regierung ihren unverschämten provokatorischen Kurs weiter: Erneut wurde unseren albanischen Genossen, die an dieser Veranstaltung teilnehmen wollten, die Einreise in die Bundesrepublik verweigert.

Aber zur gleichen Stunde tummeln sich in Dortmund auf dem großen Jugendbetrugsfestival der SDAJ volksfeindliche Terroristen, Bonzen, Verräter, revisionistisches Gesindel aus Kuba, Polen, der Sowjetunion, der DDR, Bulgarien, Ungarn, Rumänien und der Tschechoslowakei. Sie ziehen da ihre Reklame-Shows ab: für Schießbefehl und Stacheldraht an der Mauer, Söldnerabenteuer in Angola, politische Morde an Streikführern in Polen, die brutale Besetzung der CSSR, für ihre sozialfaschistischen Diktaturen Marke ‚realer Sozialismus'. Ihnen verweigert Bonn nicht die Einreise. Das Auftreten dieser Typen dient ja der ‚Völkerverständigung'.

Der dient es wahrscheinlich auch, wenn Kreml-Zar Breschnew wie letzte Woche im Fernsehen, das Wort zum Sonntag spricht und Märchen aus seinem angeblichen Arbeiter- und Bauern-Paradies erzählt. Ihm jedenfalls ist in Bonn ein pomphafter Empfang sicher, genauso wie Völkermördern und faschistischen Diktatoren aus Brasilien, Südafrika, Spanien oder sonst woher.

Aber Vertretern der Sozialistischen Volksrepublik Albanien wird — als Vertretern eines der wenigen, ja, inzwischen vielleicht des einzigen sozialistischen Landes der Welt — kein Visum für die Bundesrepublik gegeben. Warum, das ist klar. Es liegt auf der Hand, daß die Bonner Imperialisten die Sozialistische Volksrepublik Albanien hassen wie die Pest. Ihre Haltung gegenüber Albanien hat sich im Prinzip nicht geändert, seit jenen Tagen, als die braunen und schwarzen Horden Hitlers mordend, sengend, plündernd durch Albanien zogen.

Was wollen sie eigentlich damit erreichen? Glauben sie denn, dadurch könnten sie die enge, herzliche Kampfverbundenheit zwischen uns und unseren albanischen Genossen schwächen? Oder verhindern, daß die freundschaftlichen Gefühle und das Interesse an Albanien auch in unserem Land immer mehr wachsen? Sie können das sowenig verhindern, die Herren in Bonn, wie sie den Wellen von Radion Tirana die Einreise verweigern können!

Aber die ebenso feige wie anmaßende Politik der Bonner Imperialisten entlarvt sie zugleich vor aller Welt. Vor aller Welt — im wahrsten Sinne des Wortes. Dafür ein Beispiel: Als im vergangenen Jahr hier die Einreiseverweigerung gegen die Vertreter der Partei der Arbeit Albaniens bekannt wurde, fand bereits wenige Tage später schon Zigtausende Kilometer entfernt, vor der deutschen Botschaft in Tokio eine Protestdemonstration unserer Genossen dort statt!

Mögen sich also die Herren Ministerialbürokraten auch gegenwärtig in der Anonymität ihrer Büros und Kanzleien verstecken — auch ihre Verbrechen werden nicht vergessen werden, wenn der Tag der Abrechnung kommt. **Dann, und dieser Tag wird kommen, Genossen, bestimmen wir, wer hier einreist und wer nicht, und auf den Dächern wird die rote Fahne mit dem Doppeladler und Stern neben unserer mit Hammer, Sichel und Gewehr wehen!**

„Tiefer hinein in die Massen"

Unser Kongreß stand ganz im Zeichen der Losung ‚Tiefer hinein in die Massen der Jugend!'. Es ist völlig logisch, daß daher der Kampf gegen alle sektiererischen, schematischen und dogmatischen Überreste, die uns daran hindern, die Rote Garde tief unter den Massen zu verankern, im Mittelpunkt stand. **Vor allem, so beschloß der Kongreß, muß die Rote Garde zu einer wirklichen Kampforganisation für die Interessen der Jungarbeiter, Lehrlinge, Schüler, Studenten und Soldaten werden.**

Wir müssen es verstehen, an den Interessen und Forderungen der Massen anzuknüpfen. Dabei ist es keineswegs ‚unter der Würde' von Kommunisten, sich auch für kleine, ja, kleinste Probleme und Forderungen einzusetzen, sich an die Spitze des Kampfes für ihre Verwirklichung zu stellen. Es gibt gar keinen anderen Weg, das Vertrauen der Massen zu erringen. Sich einsetzen — das heißt, in Wort und Tat kämpfen. Genossen, nehmen wir ein Beispiel. Wenn an einer Universität gestreikt wird, in der Streikbewegung jedoch die modernen Revisionisten ihr Unwesen treiben und wühlen — was sollen wir dann tun? Reicht es hier tatsächlich aus, wenn man zwölf Seiten gegen den modernen Revisionismus aus dem ‚Theoretischen Organ' der Partei abdruckt und unter den Komilitonen verteilt, sich aber ansonsten vornehm aus dem Gewühl zurückhält? Das reicht selbstverständlich nicht aus, und ich glaube, daß haben auch die Genossen, die dies betrifft, inzwischen ganz klar verstanden.

Wie ihr wißt, hat es aber in der Vergangenheit eine Reihe solcher Fälle gegeben, in denen Genossen oder Organisationen der Roten Garde, und beileibe nicht nur an den Universitäten, das Feld der Tageskämpfe kampflos geräumt und den modernen Revisionisten überlassen haben. Genossen, Jugendarbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel, Ausbeutung im Betrieb, mangelnde Bildungschancen, die stumpfsinnige kapitalistische Untertanenfabrik in Schule und Hochschule, Offizierswillkür, militaristischer Drill und Schikanen beim Bund — das sind doch Probleme, mit denen wir als junge Kommunisten genauso konfrontiert sind wie unsere Kollegen und Kameraden auch. Oder haben wir kein Interesse an mehr Lohn? An der Zügelung eines reaktionären Meisters, Lehrers oder Dozenten? An der Erkämpfung besserer Arbeits- und Lebensbedingungen?

Was uns von den modernen Revisionisten unterscheidet, ist keineswegs, daß diese für Tagesinteressen der Massen kämpfen, wir aber nicht, weil uns der Sinn ausschließlich nach Höherem steht. In Wahrheit sind wir Kommunisten auch die einzige Kraft, die konsequent für die Tagesinteressen und Forderungen der Massen kämpft, während die Revisionisten sie verraten, abwiegeln, spalten, den Kämpfen die revolutionäre Spitze nehmen.

Um diesen Bereich der Arbeit der Roten Garde grundlegend zu verbessern, hat der Kongreß unserem neugewählten Zentralkomitee den Auftrag erteilt, für die Bereiche Betrieb und Gewerkschaft, Bundeswehr,



Schule, Hochschule, für die ausländische Arbeiterjugend, die Mädchen sowie die Jugend auf dem Land spezielle revolutionäre Aktionsprogramme zu erarbeiten. Diese Programme, die wir Schritt für Schritt herausgeben werden, ergänzen unser allgemeines Kampfprogramm. Sie sollen die Forderungen der Massen der arbeitenden und lernenden Jugend enthalten. Sie werden die Grundlage unserer Arbeit sein. Sie werden unseren Kollegen zeigen: **Die Rote Garde ist keine Organisation, die über die Köpfe der Massen hinweg ‚hohe Politik' macht, sondern ein Kampfverband, der für ihre Forderungen kämpft.**

Es ist natürlich selbstverständlich, daß wir nicht im eng beschränkten Rahmen der Tageskämpfe stehenbleiben. Unsere Kraft gewinnen wir aus der Tatsache, daß wir nicht nur für die gegenwärtigen, sondern auch die zukünftigen Interessen der proletarischen Jugend kämpfen, nämlich für die gewaltsame Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, die Abschaffung der kapitalistischen Lohnsklaverei und die Errichtung des Sozialismus."

Nieder mit dem revisionistischen Kurs der Deng-Hua-Clique

Genosse Reinhard ging in seiner Rede nicht nur ausführlich auf den schändlichen Verrat der modernen Revisionisten der DKP und der SDAJ ein, sondern auch auf den konterrevolutionären Kurs der Deng-Hua-Clique in der Volksrepublik China. Er sagte unter anderem: „Seit dem Machtwechsel in China sind jetzt knapp zwei Jahre vergangen. Alle Sorgen und Bedenken, die wir von Anfang an hatten, haben sich mehr als bestätigt. Ihr wißt, daß unsere Partei und mit ihr die Rote Garde die Ereignisse von Anfang an mit kühlem Kopf und ausgehend von den marxistisch-leninistischen Prinzipien beurteilt hat.

Um es offen zu sagen: Die Deng-Hua-Clique in Peking hat die schlimmsten Befürchtungen vollauf gerechtfertigt. Sie hat ihren Plan sozusagen übererfüllt. Ihr Paktieren mit dem Imperialismus ist inzwischen offenkundig. Zahlreiche marxistisch-leninistische Partei haben inzwischen derartige Machenschaften dieser Leute innerhalb der internationalen Bewegung enthüllt, daß sich einem die Haare sträuben. Was die Lage in China selbst angeht — nun, selbst wenn wir alle Presseberichte über Terror, Folter und Massenerschießungen von revolutionären Kommunisten als imperialistische Schauermärchen abtun, so bleibt das, was die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua meldet. Und was sollen wir, was sollen die klassenbewußten Arbeiter z. B. davon halten, wenn dort voller Stolz gemeldet wird, Chinas größter kapitalistischer Ausbeuter sowie ein faschistischer General, der im Bürgerkrieg Zigtausende Helden des chinesischen Volkes mit Giftgas ermordete, sind in die leitenden Organe des Staates gewählt worden? Soll das unser Vorbild sein? Sollen wir, wenn wir eines Tages unsere proletarische Diktatur errichten, Axel Springer zum Kultusminister und Franz-Josef Strauß zum Chef der Roten Armee machen?

Ich glaube, wir sind uns einig, daß wir diese Art Massenlinie nicht verfolgen, und lieber so ‚sektiererisch' und ‚stalinistisch' bleiben, daß wir mit geschworenen Volksfeinden und Ausbeutern so umgehen, wie sie es verdienen. Laßt mich zu der neuen revisionistischen Strömung einige Sätze aus dem vom Kongreß gebilligten Grundsatzreferat über die Aufgaben der Roten Garde zitieren. Es heißt darin:

‚Feuer auf den revisionistischen Verrat — das ist und bleibt die einzige Antwort, die wir auf die Tricks und Schliche der konterrevolutionären Revisionisten bereithalten. Geleitet von der Kenntnis des Marxismus-Leninismus durchschauen wir sie, auch wenn sie sich wie die neueste Spielart des modernen Revisionismus, die ‚Drei-Welten-Theoretiker', mit großen Namen und Autoritäten schmükken. Geführt von unserer Partei, die in dieser Frage eine kluge und mutige und entschlossene Haltung einnimmt, hat die Rote Garde diese Strömung entschieden bekämpft und bald stellte sich dabei heraus, daß hinter der großartigen Fassade einer neuen ‚Weltstrategie' der alte Schrott des Revisionismus und Sozialchauvinismus sich verbarg. Die Rote Garde wird sich niemals und niemandem verkaufen. Sie wird nie ein Lakai der sowjetischen und nie ein Speichellecker der chinesischen Führung sein. Es gibt nur eine einzige Autorität auf der Welt, der sie stets treu ergeben sein wird, die sie anerkennt: den Marxismus-Leninismus und die Linie der Partei!'"

Das Entscheidende ist die Führung der Partei

Abschließend ging Genosse Reinhard auf die Bedeutung der Kommunistischen Partei für den Kampf der Roten Garde ein. Er sagte: „Mit diesem Kongreß beginnt die Rote Garde ihren Weg als organisatorisch selbständiger kommunistischer Jugendverband der Partei. Wir wählen jetzt eigene Leitungen, planen und organisieren unsere Arbeit selber und tragen selbst die Verantwortung für ihren Erfolg. Mit diesem Schritt wurden die alten sektiererischen Fehler in der Führung des Jugendverbandes beseitigt.

Aber diese Selbständigkeit verstehen wir auf korrekte, leninistische Weise. Es wäre verhängnisvoll, wenn man sie mit politischer Unabhängigkeit, mit der Loslösung von der Linie, der Führung und allseitigen Kontrolle durch die Partei verwechseln würde.

Genosse Stalin schrieb einmal über die Aufgabe des kommunistischen Jugendverbandes: **‚Das Vertrauen der Jugend zu unserer Partei zu sichern, die Führung unserer Partei im kommunistischen Jugendverband zu sichern — darin besteht die Aufgabe. Der Jungkommunist darf nicht vergessen, daß die Sicherstellung der Führung der Partei das Hauptsächlichste und Wichtigste in der gesamten Arbeit des Kommunistischen Jugendverbandes ist. Der Jungkommunist muß sich dessen bewußt sein, daß ohne eine solche Führung der Kommunistische Jugendverband außerstande ist, seine Grundaufgabe zu erfüllen — die Erziehung der Arbeiter- und Bauernjugend im Geiste der Diktatur des Proletariats und des Kommunismus.'**

Soweit Genosse Stalin. Er schrieb dies 1925, zu einer Zeit also, als die Revolution bereits gesiegt und die Diktatur des Proletariats verwirklicht wurde. Um wieviel mehr gilt es für uns, für die Rote Garde, dieses Prinzip zu beherzigen, da wir noch nicht an der Macht und umgeben von politischen Feinden sind, die mit allen Mitteln versuchen werden, uns von unserer Partei zu trennen.

Jedes Mitglied, besonders aber die Kader und leitenden Genossen müssen dieses Prinzip gründlich verstehen. Denn erst in der alltäglichen Arbeit, im Kampf für die Erfüllung der von der Partei gestellten Aufgaben, im Kampf gegen alle Angriffe und Anschläge auf unsere Partei — da erst erweist es sich, ob man die Führung durch die kommunistische Partei tatsächlich anstrebt oder nicht.

Genossen, die politische Führung durch die Partei hat nicht das geringste mit ‚Bevormundung' oder ähnlichem zu tun. Ein treffender Vergleich bezeichnet den kommunistischen Jugendverband als den Arm der Partei unter den Massen der proletarischen und werktätigen Jugend. Wer käme aber auf die Idee, die Bevormundung des Arms durch den Kopf zu beklagen. Das ist kompletter Unsinn.

Aus diesem Grund schloß unser Kongreß mit der Verabschiedung eines feierlichen Versprechens an unsere kommunistische Partei (siehe dazu die Grußadresse der Roten Garde auf Seite 12).

Laßt mich schließen mit dem großen Kampfaufruf, den unser Programm an die proletarische und werktätige Jugend unseres Landes richtet:

Kämpfen wir gemeinsam für unser großes Ziel: ‚Ein Deutschland, das dem deutschen Volk gehört. In dem sich keine amerikanischen oder russischen Besatzer mehr breitmachen, in dem die Macht der Ausbeuter zerschlagen und die revolutionäre Diktatur des Proletariats errichtet ist. Ein Deutschland, das durch keine Macht der Welt mehr daran gehindert werden kann, sich in Freiheit und Frieden unter der Herrschaft des Volkes wiederzuvereinigen. Ein Deutschland, über dem die rote Fahne der Freiheit, des Kommunismus weht.

Unsere Generation wird die entscheidenden Siege des Sozialismus, seinen unaufhaltsamen Vormarsch auf dem ganzen Erdball noch erleben und aktiv mitgestalten. Die Rote Garde ruft die Jugend unseres Landes, die Jungarbeiter und Lehrlinge, Schüler, Studenten und Soldaten, die Jugendlichen in Stadt und Land auf:

Vereinigen wir uns! Schließen wir uns zusammen! Nehmen wir unter der Führung der KPD/ML den Kampf auf für die sozialistische Revolution in Ost und West, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!'

Es lebe der 1. Ordentliche Kongreß der Roten Garde!

Vorwärts unter Führung der Partei!

Vorwärts mit der Roten Garde!"

Es lebe der 1. Ordentliche Kongreß der Roten Garde!

Grußadresse des 1. Ordentlichen Kongresses der Roten Garde an das ZK der KPD/ML

An das Zentralkomitee der KPD/ML

Lieber Genosse Ernst!
Liebe Genossinnen und Genossen!

Der I. Ordentliche Kongreß der Roten Garde hat seine Arbeiten beendet. Er hat seinen Auftrag, den er von der Partei erhielt, voll und ganz erfüllt. Er beriet und beschloß das Programm und das Statut der Roten Garde, diskutierte und billigte einmütig den Bericht über den Kampf und die nächsten Aufgaben unseres Verbandes und wählte zum ersten Mal eine eigene zentrale Führung, das I. Zentralkomitee der Roten Garde.

Dieser Kongreß und sein erfolgreicher Abschluß sind ein großer Augenblick in der Geschichte unseres kommunistischen Jugendverbandes. Wir beginnen unseren Weg als organisatorisch selbständiger kommunistischer Jugendverband der Partei. In diesem historischen Moment vergessen wir nicht, wem wir diesen großen Erfolg verdanken, wer uns die große Perspektive erschloß, unsere Kräfte und Fähigkeiten voll zu entfalten und als starker Arm der bolschewistischen Partei in den Massen der proletarischen und werktätigen Jugend unseres Landes einen wichtigen, mitentscheidenden Beitrag für den Triumph der proletarischen Revolution zu leisten.

Es ist unsere Partei, die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, die uns mit der ehrenvollen Aufgabe der Gewinnung der arbeitenden und lernenden Jugend für den Kommunismus betraut hat. Sie zeigt uns den Weg, alle ideologischen, politischen und organisatorischen Hemmnisse zu beseitigen, um zu einer starken, revolutionären Kampforganisation der Massen der Jugend heranzuwachsen.

Es ist unsere Partei, die uns auf diesem Wege führt, und im Geiste der siegreichen Ideologie des Proletariats, des Marxismus-Leninismus, erzieht. Sie hilft uns, zu echten proletarischen Revolutionären zu werden, und die Revolution mit einem steten Zustrom neuer, militanter Kräfte zu versorgen.

Es ist unsere Partei, die uns im Kampf beflügelt und begeistert. Sie verleiht unserer Organisation die Kraft, alle Schwierigkeiten zu meistern, sich in allen komplizierten Situationen des Klassenkampfes zurechtzufinden und fest und sicher ihren revolutionären Kurs zu verfolgen.

Die Führung durch die Partei ist die Garantie für alle unsere Erfolge und Siege. Deshalb gilt an diesem Tag unser flammender revolutionärer Gruß unserer kommunistischen Partei. Wir versprechen ihr feierlich, daß keine Macht der Welt imstand sein wird, uns von ihrer Seite zu reißen, uns von ihrer korrekten marxistisch-leninistischen Führung zu trennen oder uns von ihr zu entfernen. Wir werden unsere Partei, unsere Führerin im Kampf, hüten wie unseren Augapfel und sie gegen alle Feinde, wo immer sie herkommen, bis zum letzten verteidigen und schützen. Dies versprechen wir auf unserem I. Ordentlichen Kongreß.

Wir nehmen diesen großen Tag zum Anlaß, der Partei, ihrem Zentralkomitee und besonders ihrem Vorsitzenden, Genossen Ernst Aust, unseren Dank auszusprechen, die uns immer mit Rat und Tat zur Seite gestanden haben und unserer Arbeit so oft neue, entscheidende Impulse gaben.

Wir gehen jetzt zurück an unsere Arbeit, in vollem Bewußtsein der großen Aufgaben, die uns erwarten. Wir werden keine Anstrengungen und Mühen scheuen, und die Erwartungen und Hoffnungen, die die Partei in uns setzt, nicht enttäuschen. Denn:

Wir haben den Willen zu arbeiten! Wir haben den Mut, uns an neue Aufgaben zu machen! Wir haben die feste Entschlossenheit, die historischen Beschlüsse unseres I. Ordentlichen Kongresses vollständig in die Tat umzusetzen!

Es lebe die Partei!

Es lebe der Marxismus-Leninismus!

Der I. Ordentliche Kongreß der Roten Garde

Grußadresse des Politbüros der KPD/ML an die Rote Garde

Genossinnen und Genossen Delegierte,
liebe Rotgardisten!

Das Politbüro des Zentralkomitees der KPD/ML begrüßt die Abschlußveranstaltung des I. Ordentlichen Kongresses der Roten Garde voller Begeisterung über den siegreichen Verlauf des Kongresses und in der tiefen Zuversicht, daß die Rote Garde die ihr vom Kongreß gestellten großen Kampfaufgaben erfolgreich lösen wird.

Dieser Euer I. Ordentlicher Kongreß findet in einer Zeit statt, in der sich für jeden sichtbar die Klassenkämpfe in unserem Land deutlich verschärfen. Auf der einen Seite die Angriffe der Kapitalisten und ihrer Regierung auf die Lebenslage der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, die immer hektischer und zügelloser vorangetriebene politische Unterdrückung des Volkes durch die Bourgeoisie und ihren Bonner Staat. Auf der anderen Seite die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen, die zum Kampf gegen die Krisenangriffe der Kapitalisten, gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung angetreten sind.

Gerade die Jugend unseres Landes ist besonders schwer von den Auswirkungen der kapitalistischen Krise betroffen. Jugendarbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel, katastrophale Ausbildungsbedingungen in Betrieb, Berufsschule, Schule und Universität. In vollständiger finanzieller Abhängigkeit gehalten, unterdrückt und entrechtet, in der imperialistischen Armee brutalem Drill und niederträchtiger, stumpfsinniger Schikane ausgesetzt, ohne sinnvolle Freizeitmöglichkeit, Ausbeutungsobjekt für die Kapitalisten, bevorzugte Zielgruppe der Geschäftemacher und Rattenfänger der Pop- und Modeindustrie, Fußvolk und Kanonenfutter für die Kriegstreiber — das ist es, was der Kapitalismus der Jugend zu bieten hat.

Diese Lage stellt Euch, die kommunistische Jugend unseres Landes, vor große Aufgaben. An Euch ist es, die Jugendlichen, die gegen die Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Systems, gegen die Fesseln der politischen Unterdrückung und Entrechtung rebellieren, in den Kampf zu führen, ihnen den Weg der proletarischen Revolution, des Kampfes für die politische Macht der Arbeiterklasse, für den Sozialismus zu weisen. Ihr Rotgardisten, junge Kämpfer der Partei, müßt an der Spitze der Kämpfe der Jugend marschieren, um sie für den Kommunismus zu gewinnen. Das ist für den Sieg der sozialistischen Revolution in Deutschland von höchster Bedeutung. Auf diesem I. Ordentlichen Kongreß der Roten Garde habt Ihr wichtige Grundlagen dafür geschaffen, daß die Rote Garde in Zukunft besser als bisher diese große und bedeutende Aufgabe erfüllen kann.

Dazu gehört, daß die Rote Garde sich mit diesem Kongreß als selbständiger kommunistischer Jugendverband konstituiert. Das ist alles andere als ein Schritt weg von der Partei. Die Partei hat erkannt, daß es ein schwerwiegender Fehler war, ihre Jugendorganisation jahrelang in organisatorischer Unselbständigkeit zu halten. Dieser I. Kongreß der Roten Garde legt jetzt die Grundlagen dafür, mit den alten Fehlern zu brechen, Schluß zu machen mit der schematischen Übernahme von Arbeitsmethoden und Organisationsformen, die in der Partei richtig und notwendig sind, die aber der Entwicklung des Jugendverbandes hinderlich und abträglich sind.

Die Gewinnung der Jugend für den Kommunismus erfordert jugendgemäße Formen der Überzeugung, der gesamten politischen Arbeit, der Organisation. Diese jugendgemäßen Formen müßt Ihr, die Ihr das Leben und den Kampf der Jugend kennt und die Ihr begeisterte, unseren großen Zielen treu ergebene Kommunisten seid, entwickeln. Die Verabschiedung des Statuts und des Kampfprogramms der Roten Garde, dieser große Erfolg Eures Kongresses, wird mit Sicherheit eine schwungvolle Entwicklung der Roten Garde als selbständige Jugendorganisation der Partei einleiten.

Genossinnen und Genossen!

Tiefer hinein in die Massen. Diesen Auftrag hat der III. Parteitag der Partei und der Roten Garde gegeben. In diese Richtung hat auch der I. Kongreß der Roten Garde die Weichen gestellt: klaren marxistisch-leninistischen Kurs halten und tiefer hinein in die Massen der Jugend.

Wie in der Vergangenheit werden Partei und Rote Garde auch in Zukunft Schulter an Schulter kämpfen. Die Einheit zwischen der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse und der kommunistischen Jugend ist keine formale, aufgezwungene Einheit. Die historische Erfahrung lehrt, daß die Jugend sich nur unter der Führung der Arbeiterklasse mit ihrer kommunistischen Partei an der Spitze befreien kann und daß die kommunistische Partei die Jugend nur mit Hilfe einer zielklaren, kommunistischen Jugendorganisation für den Kommunismus gewinnen kann. An diesen marxistisch-leninistischen Grundsätzen festhaltend, werden Partei und Rote Garde gemeinsam alle Versuche der Bourgeoisie und ihrer Agenturen, einen Keil zwischen Partei und Rote Garde zu treiben, zurückschlagen. Partei und Rote Garde verbindet mehr, als die demagogischen Verfechter der Loslösung des Jugendverbandes von der Partei je begreifen werden. **Unsere stählerne Einheit gründet sich auf unserer gemeinsamen Weltanschauung, dem Marxismus-Leninismus, auf unserem gemeinsamen Haß gegen Imperialismus, Reaktion und Revisionismus, auf unserem gemeinsamen Ziel, der Diktatur des Proletariats, dem Sozialismus und dem Kommunismus.**

Nehmt, liebe Genossinnen und Genossen, noch einmal die revolutionären Grüße des Politbüros Eurer Partei entgegen, unsere Glückwünsche zum siegreichen Verlauf Eures Kongresses, unsere besten Wünsche für die erfolgreiche Verwirklichung der richtungsweisenden Beschlüsse dieses Kongresses. Euer Kongreß hat nicht nur für die Rote Garde, sondern auch für die Partei, nicht nur für die revolutionäre Jugend unseres Landes, sondern für alle klassenbewußten Arbeiter große Bedeutung. Wir sind absolut sicher, daß alle Rotgardisten sich der großen Verantwortung bewußt sind und daß Ihr die Euch gestellten Aufgaben lösen werdet mit der Disziplin und Kühnheit des Bolschewiken, mit dem Kampfgeist und dem Siegeswillen des klassenbewußten Arbeiters, mit dem Schwung und der revolutionären Begeisterung der Jugend.

Es lebe der I. Ordentliche Kongreß der Roten Garde!

Es lebe der Marxismus-Leninismus!

Vorwärts mit der KPD/ML und der Roten Garde für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Roter Rebell erschienen!

Die erste Ausgabe des Jugendmagazins der Roten Garde, der „Rote Rebell", ist erschienen! Die Stimme der revolutionären Jugend gegen Bosse und Bonzen!

Mit Berichten, Kommentaren, Reportagen über alles, was Jugendliche interessiert...



Roter Rebell — WM '78 Willkommen in Argentinien — Sport und Mord in Argentinien

Übrigens. Der „Rote Rebell" darf durchaus auch von Älteren gelesen werden! Wir meinen: Alle Leser des „Roten Morgen" sollten auch den „Roten Rebell" lesen oder, noch besser, abonnieren. Oder fühlen Sie sich nicht mehr jung...?

Erscheint jeweils Anfang des Monats. Jahresabonnement: 13 DM, Einzelpreis: 1,— DM. Bestellungen an: Verlag Roter Morgen, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Wofür kämpft die Rote Garde?

Die Antwort darauf gibt das Kampfprogramm der Roten Garde, beschlossen vom I. Ordentlichen Kongreß. Zu Beginn des Kampfprogramms heißt es:

„Die Rote Garde ist der Jugendverband der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML), die Kampforganisation der proletarischen und werktätigen Jugend ganz Deutschlands. Die Rote Garde kämpft für die Ziele der kommunistischen Partei. Für den Sturz der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft in der Bundesrepublik und Westberlin genauso wie in der DDR. Denn dort herrschen heute neue, kapitalistische Bonzen, auch wenn sie sich selber Kommunisten nennen. Unser Ziel ist der Sozialismus, die Errichtung der Macht der Arbeiterklasse in beiden deutschen Staaten, in einem wiedervereinigten, unabhängigen Deutschland. Das Endziel ist der Kommunismus, der Ausbeutung und Unterdrückung auf der ganzen Welt beseitigt und eine klassenlose Gesellschaft verwirklicht, wo Frieden, Glück und Solidarität unter gleichberechtigten Menschen herrscht und alle Völker der Erde in Freiheit und Wohlstand leben, arbeiten und die Welt umgestalten.

Das vorliegende Programm ist das Kampfprogramm der Roten Garde für die Bundesrepublik und Westberlin. Es gibt an, wofür wir jungen Kommunisten kämpfen. Wir sind keine weltfremden Träumer. Wir kennen den langen, harten Weg zur Verwirklichung des Sozialismus und Kommunismus. Wir kennen die Feinde, die sich der Revolution, dem historischen Fortschritt, in den Weg stellen. Es sind die Kapitalisten, die Besitzer der Fabriken und Werke, die uns ausbeuten. Es ist ihr Staatsapparat, ihre Polizei, Justiz und ihre Armee, die uns unterdrücken. Es sind ihre politischen Handlanger, die bürgerlichen Parteien, ihre Agenturen, die das Volk betrügen.

Alle diese Parteien preisen ihre Rezepte und Heilmittel für die Probleme der Jugend an. Entgegen allen Versprechungen und Reformprojekten kennzeichnen Jugendarbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel, Ausbeutung, Ausbildungskatastrophe und politische Unterdrückung unsere Lage. Die Rote Garde macht keine Versprechungen. An Wundermittel glauben wir nicht. Der Kampf an der Seite der kommunistischen Partei, die Revolution, der Sozialismus — das ist der einzige Weg, der uns Freiheit, Bildung, Arbeit und ein besseres Leben garantiert."



„Wofür kämpft die Rote Garde?" — Kampfprogramm und Statut der Roten Garde. Preis 0,50 DM.

Bestellungen an: GEWISO-Buchvertrieb, Postfach 50 05 68, 2000 Hamburg 50.





1. Kongress der Roten Garde





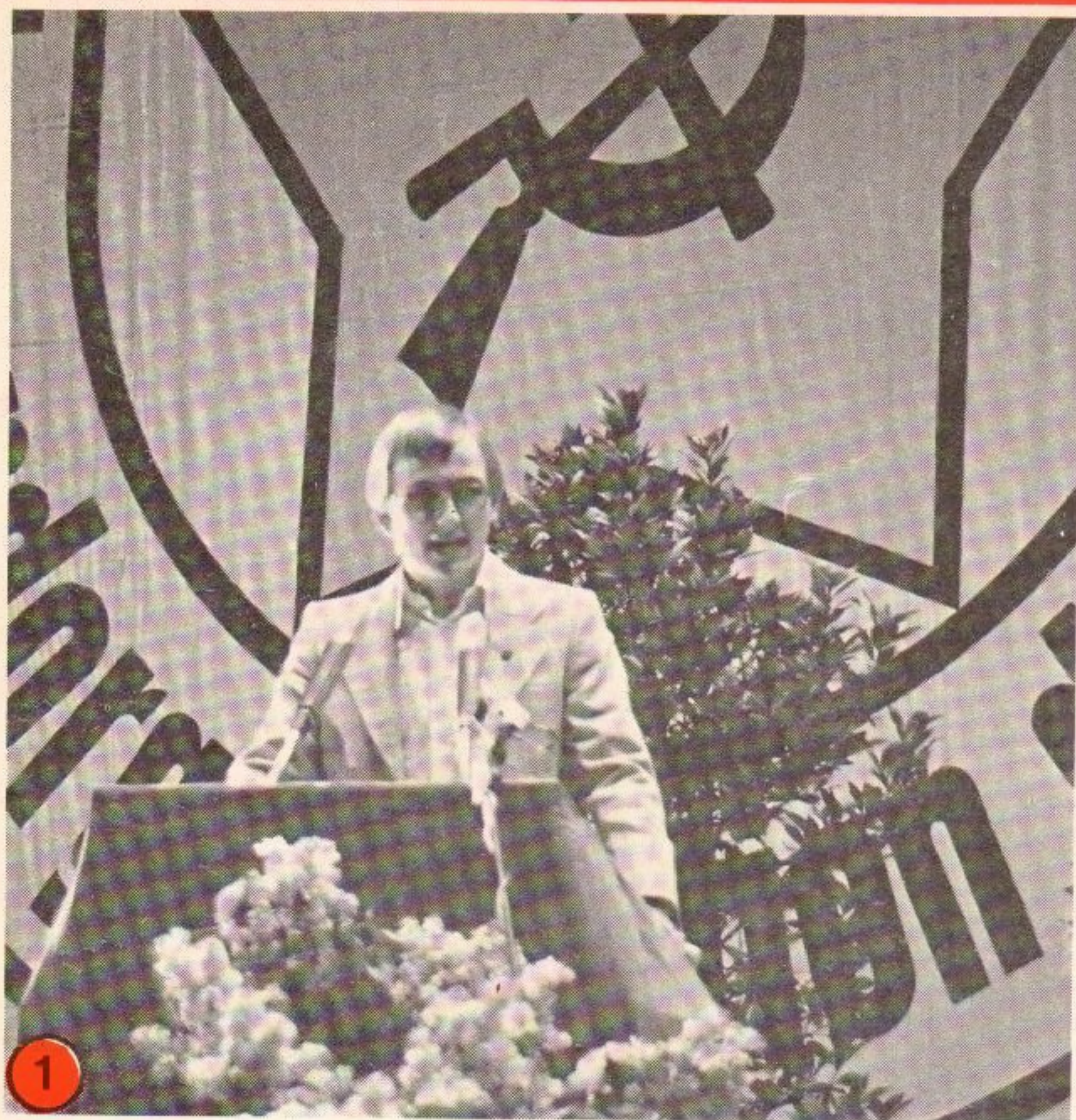


Begrüßung der ausländischen Gäste im Zeltlager.



Das schlechte Wetter konnte die Begeisterung nicht nehmen.







Jugend für den





1 Zu Beginn der Abschlußveranstaltung des I. Ordentlichen Kongresses der Roten Garde berichtete Genosse Jürgen Tobegen über die Arbeiten des Kongresses. Einstimmig haben die Delegierten der Roten Garde das Kampfprogramm der Roten Garde und ihr Statut verabschiedet. Einhellig billigte der Kongreß auch das Grundsatzreferat, das von der Jugendabteilung beim ZK der KPD/ML erarbeitet worden war und die Lehren aus dem Kampf der Roten Garde zieht sowie die zukünftigen Aufgaben bestimmt.

Ein Höhepunkt des Kongresses war zweifellos die Wahl des Zentralkomitees der Roten Garde. Denn damit verfügt die Rote Garde zum ersten Mal über eine eigene zentrale Leitung und nimmt die Verantwortung für ihren Kampf selbst in die Hand. Außerdem diskutierte der Kongreß die zahlreichen Anträge, die von Rotgardisten, Grundeinheiten und Delegiertenkonferenzen an den Kongreß gerichtet waren, um die künftige Arbeit der Roten Garde zu verbessern. Zwei der Anträge, über die auch Beschluß gefaßt wurde, seien hier erwähnt. Es wurde beschlossen, die Bezeichnung KSB/ML für die an den Hochschulen kämpfenden Genossen abzuschaffen. Auch sie werden künftig nur unter dem Namen Rote Garde auftreten. Und es wurde beschlossen — als Ausdruck der kämpferischen Einheit zwischen der Partei und der Roten Garde — Genossen Ernst Aust als Ehrenmitglied in die Rote Garde aufzunehmen!



2 Gäste aus neun Ländern waren auf dem Kongreß anwesend. Jugenddelegationen antiimperialistischer, revolutionärer und kommunistischer Organisationen aus Afghanistan, Afrika, Chile, Frankreich, Griechenland, Italien, Iran, Portugal und Spanien. Sie begrüßten den erfolgreichen Abschluß des I. Ordentlichen Kongresses der Roten Garde, berichteten vom Kampf der Jugend in ihren Heimatländern und hoben hervor, daß die Jugend nur erfolgreich kämpfen kann, wenn sie den Revisionismus und den Opportunismus aller Schattierungen genauso entschlossen bekämpft wie Imperialismus und Reaktion.



3 In den Monaten vor dem Kongreß hat die Rote Garde die Kampagne durchgeführt „Die Rote Garde breiter bekanntmachen — die Rote Garde fester in den Massen der Jugend verankern!". Drei Rote-Garde-Gruppen wurden auf dem Kongreß



Auch im Zeltlager sorgten die „Elbspeelers" für Stimmung.



Auch die Roten Pioniere hatten ihre Zelte.



Hier werde





Kommunismus

für ihre Aktionen ausgezeichnet: die Rote Garde Essen, die auf originelle Weise die Düsseldorfer Großveranstaltung ankündigte — nämlich über „Rote Wellen" im Radio; die Rote Garde Westberlin, die die Zeitung der Roten Garde im Klassenzimmer an Krankenpflegeschüler verteilte — ausgestattet mit weißem Kittel und einem Blumenstrauß; die Rote Garde Bremerhaven, die mit ihrer Aktion gegen das „Columbus Center" breit unter den Jugendlichen bekannt wurde und neue Kontakte gewann. Außerdem wurde die Rote Garde Düsseldorf für die gute Vorbereitung des Kongresses und des Zeltlagers ausgezeichnet.



(4) Reißenden Absatz fanden auf der Abschlußveranstaltung das neue Jugendmagazin der Roten Garde, der „Rote Rebell", die Broschüre „Was will die Rote Garde?" mit dem Jugendkampfprogramm und dem Statut der Roten Garde sowie Abzeichen mit dem neuen Emblem der Roten Garde und einfallsreich gestaltete Aufkleber.



(5) Großen Erfolg hatten die Roten Pioniere auf der Abschlußveranstaltung des I. Ordentlichen Kongresses der Roten Garde mit ihren Liedauftritten.

Auch für ihre Organisation bedeutet der erfolgreiche Abschluß des I. Kongresses der Roten Garde einen neuen Aufschwung. Denn der Kongreß beschloß, daß sich die Rote Garde in Zukunft verstärkt um den Aufbau der Pionierorganisation kümmern wird. Das Ziel ist die Schaffung einer breiten revolutionären Kindermassenorganisation.



(6) Die „Rote Kolonne" Frankfurt schuf mit ihren Auftritten den kulturellen Rahmen der Abschlußveranstaltung in Düsseldorf. Sie, die Spielmannszüge, die zu Beginn und in den Pausen aufspielten, und die „Elbspeelers" demonstrierten, daß Politik und Kultur sich keineswegs ausschließen. Das Gegenteil ist der Fall. Und die Rote Garde wird, wie Genosse Reinhard Haneld in seiner Rede betonte, dafür sorgen, daß ein schwungvolles, kämpferisches und jugendgemäßes Kulturleben geschaffen wird, in dem die Jugendlichen beides finden werden — Spaß, Erholung und Ermutigung zum Kampf.







nze geprobt.

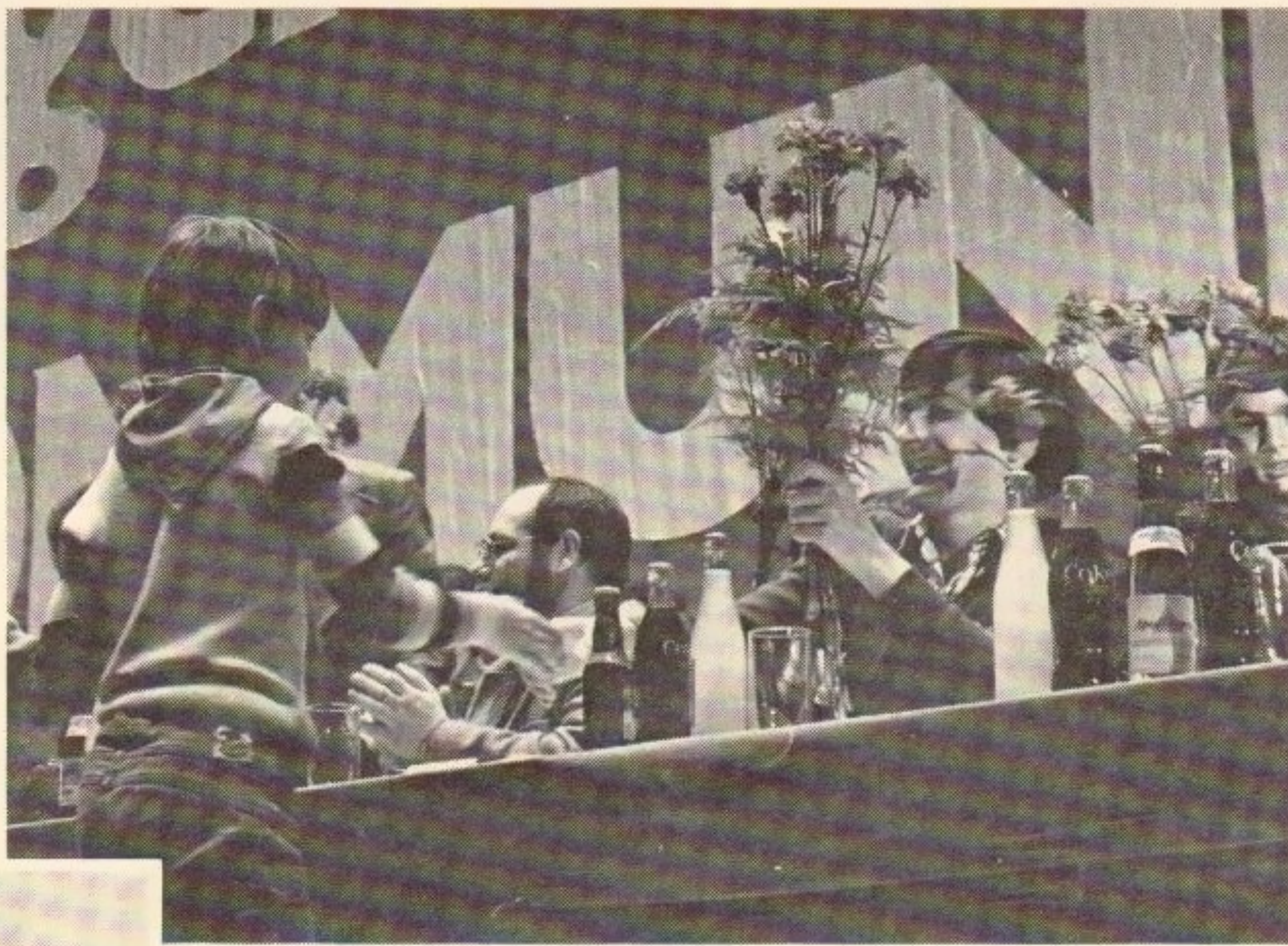


Der Hindernislauf machte viel Freude.



Das Essen war reichlich und gut.

Vorwärts mit der Roten Garde!



Die Roten Pioniere begrüßten die ausländischen Gäste.

Ein Höhepunkt der Großveranstaltung war der überraschende Besuch des Genossen Ernst Aust.





Immer wieder wurde Beifall geklatscht und Parolen gerufen.

Stimmen zum Rote-Garde-Kongreß

Ein 24-jähriger Soldat

„Der Rote-Garde-Kongreß zeigt, daß es vorwärts geht. Als ich die Rote Garde kennenlernte, war alles noch viel kleiner. Ich glaube, daß die Rote Garde jetzt, wo sie selbständig ist, einen Aufschwung erleben wird. Besonders gefreut hat mich der Beschluß, daß die Rote Garde sich nun auch verstärkt auf militante Kämpfe vorbereiten will. Es ist klar, daß es bald öfter sein wird, daß die Auseinandersetzungen nicht allein auf Reden und Diskussionen beschränkt sind".

Ein 9-jähriger Roter Pionier

„Ich fand gut, daß wir Pioniere hier auch auftreten konnten. Das Lied über die Ratten hat mir gut gefallen. Und auch das Lied „Pioniere lügen nicht, aber den Bullen frech ins Gesicht". Das ist richtig. Ich freue mich, daß wir jetzt mehr Rote Pioniere werden sollen".

Eine Gruppe von Oberschülern

„Wir sind das erste Mal bei einer größeren Veranstaltung der Roten Garde. Wir waren überrascht, daß so viele Jugendliche hier sind, die meisten sind jung. Das neue Rote-Garde-Magazin hat uns gut gefallen. Das ist wirklich für Jugendliche geschrieben. Und auch die Aufmachung ist ganz gut. Wenn noch mal so ein Kongreß ist, komme ich bestimmt wieder".

Ein 22-jähriger Berufsaufbauschüler

„Bei uns in Regensburg gibt es die Rote Garde noch nicht. Ich bin hierhergekommen, weil ich die politische Linie der KPD/ML richtig finde. Der Kongreß hat mit wirklich gut gefallen. Auch die Reden. Beeindruckt hat mich die Atmosphäre. Man spürte hier wirklich ein Gefühl von Solidarität".

Ein Betriebsrat aus dem Hamburger Hafen [HHLA]



„Die Stimmung hier beim Kongreß ist gut. Die Reden haben die Jugendarbeit politisch klar ausgerichtet. Ich glaube, daß der Kongreß für die Rote Garde einen großen Aufschwung geben wird. Ich finde es auch gut, wenn praktische Erfahrungen vom Kampf weitergegeben wurden, vielleicht hätte das noch mehr sein können".

Eine 23-jährige Studentin

„Das Zeltlager der Roten Garde finde ich richtig gut. Trotz des schlechten Wetters war eine gute Stimmung unter den Leuten. Besonders gefreut hat mich, daß die Leitung auch auf Kleinigkeiten geachtet hat. So hat sie zum Beispiel Gummistiefel besorgt, als es so ein Matschwetter war. Das zeigt wirklich, daß sie sich um die Genossen sorgt. Den Beschluß des Rote-Garde-Kongresses, den Namen KSB/ML wegfallen zu lassen, finde ich richtig. Wir Studenten können viel von den Arbeiterjugendlichen lernen. Daß man Aktionen machen muß und keinen Flugblätterkrieg, wie es doch oft an den Universitäten passiert,'.

Stimmen zum Rote-Garde-Kongreß

Eine 24-jährige Buchhändlerin



„Die Rede des neuen Sekretärs von der Roten Garde hat mich sehr beeindruckt. Sie war schlagkräftig und interessant. Überhaupt war die ganze Atmosphäre beim Kongreß wirklich kämpferisch und solidarisch. Ich glaube, daß solche Großveranstaltungen sehr wichtig sind. Man spürt dann, daß man nicht allein ist, sondern viele zusammen für ein Ziel kämpfen. Auch die Kollegin, die ich mitgenommen habe, fand dies gut".

Ein 19-jähriger Rotgardist Lehrling

„Ich finde, jetzt mit dem Kongreß ist die Perspektive viel klarer. Man weiß besser, was man machen soll. Ich glaube, für unsere Arbeit am Ort wird das einen Aufschwung geben. Ich habe mir auch schon das neue Jugendkampfprogramm durchgelesen. Dabei hat mich besonders gefreut, daß man spürt, daß hier die Kritiken der Rotgardisten an dem Entwurf und die Meinung der Mitglieder zur Geltung gekommen sind. Das merkt man wirklich".

Eine 19-jährige Laborantin

„Die Selbständigkeit der Roten Garde hätte viel früher sein müssen, aber das ist ja auch gesagt worden. Klasse finde ich, daß so viele Delegationen aus dem Ausland gekommen sind. Wir haben einige Kollegen zu dem Kongreß mitgenommen. Ich glaube, daß es ihnen auch gefallen wird. Die sehen dann einmal, daß wir nicht nur eine Handvoll Leute sind, sondern viel mehr".

Ein 20-jähriger Krankenpflegeschüler

„Die Selbständigkeit der Roten Garde war wirklich notwendig. Das stärkt die Verantwortlichkeit der Rotgardisten. Nun können wir auch sicher bessere Formen entwickeln, um an die anderen Jugendlichen heranzukommen. Das zeigt auch das neue Rote-Garde-Magazin. Ich finde es astrein. Sehr lebendig, in der Sprache der Jugendlichen, und gleichzeitig hält es klar an den Prinzipien fest. Die Reden auf dem Kongreß haben die Arbeit der Roten Garde bestimmt vorangetrieben. Gut fand ich, daß darin auch klar die Entwicklung aufgezeigt wird, daß wir kämpferischen Zeiten entgegentreten".

Eine 21-jährige Schülerin

„Daß die Rote Garde jetzt selbständig ist, finde ich richtig gut. Jetzt können wir viel besser an den Problemen der Jugendlichen anpacken. Wichtig finde ich auch, was Genosse Reinhart in seiner Rede gesagt hat, daß wir mehr darauf achten müssen, daß die Arbeit der Roten Garde den Jugendlichen auch Spaß macht. Gut an den Beschlüssen fand ich auch, daß die Arbeit mit den Roten Pionieren besser gemacht werden soll. Das finde ich sehr lobenswert".



Auch für das leibliche Wohl wurde gesorgt, mittags gab's Erbsensuppe im Freien.



Vorwärts mit der Roten Garde!